Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiterstimme

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt
Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstraße 2
Fernsprech-Sammelnummer 17280 • Postscheckkonto: Amt Dresden Nummer 13556, Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostsachsen)

Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2
Fernsprecher: Amt Dresden Nummer 17280 • Redaktionsschluß „Arbeiterstimme" Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachmittags von 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschafter • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg. | Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) • In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises • Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. | Dresden, Dienstag, 5. Januar 1926 | Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. • Anzeigenannahme täglich vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition. | Nr. 3

Volksentscheid gegen die fürstlichen Räuber

Zur Geschichte der sächsischen Koalitionspolitik

Von Paul Böttcher.

(Schluß.)

3.

Der Berliner Parteivorstand der SPD. hat in allen Fragen die Fraktionsmehrheit in Sachsen unterstützt und gedeckt. Dittmann leitete die Parteiexekutive gegen die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens ein mit seinem berüchtigten Weihnachtsartikel „Ein proletarisches Trauerspiel". In diesem Aufsatz, der zur Vorbereitung der Großen Koalition am 25. Dezember 1923 im „Vorwärts" veröffentlicht wurde, wurden die linken sozialdemokratischen Führer aufs schwerste beschimpft, und die linken sozialdemokratischen Führer wurden vor ihren Anhängern denunziert als „ein halbes Dutzend junger Redakteure und Schulmeister", die Sachsen zu „einem Tummelplatz parteizerstörender Treibereien politisch unreifer Elemente" machten. In einem weiteren Aufsatz, der nach dem Zustandekommen der Großen Koalition am 7. Januar 1924 im „Vorwärts" erschien, erklärt Dittmann, daß die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter und Führer sich im „Banne der Kommunisten" befänden. Als wichtigste Aufgabe erklärt er für die SPD. folgendes:

„Das ernste politische Problem, vor dem unsere Partei jetzt in Sachsen steht, ist deshalb die geistige und politische Loslösung der Partei von der Umstrickung und Umklammerung durch die Kommunisten, in die sie durch ihre unglückselige Politik des letzten Jahres hineingeraten ist. Jeder ehrliche Sozialist wünscht sehnlichst eine Verständigung mit den Arbeitern, die heute noch glauben, zu den Kommunisten halten zu müssen. Aber es kann keine Rede davon sein, daß unsere Partei sich in das Schlepptau der Moskauer Demagogen und Putschisten nehmen lassen darf."

Die Aufgabe, die Dittmann in diesen Sätzen als die wichtigste Aufgabe des Parteivorstandes bezeichnet, wurde in den folgenden Jahren mit den verschiedensten Mitteln zu lösen versucht.

Was bedeuten die obigen Sätze Dittmanns? Sie sind das alte Programm des Parteivorstandes. Keine Einheitsfront der Arbeiterschaft, sondern Zersplitterung des Proletariats — Bündnis mit der Bourgeoisie. In allen Einzelfällen wurde dieses Programm des Parteivorstandes gegenüber den sächsischen sozialdemokratischen Arbeitern durchgesetzt. Die Beschlüsse des Berliner Reichsparteitages der SPD. im Jahre 1924 und auch die Beschlüsse des Heidelberger Parteitags im Jahre 1925 zur Sachsenfrage liegen an dieser Linie und sind nichts anderes als eine brutale Mißachtung des politischen Willens der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Sachsen. Niemals wäre die sozialdemokratische Fraktionsmehrheit im Sächsischen Landtag imstande gewesen, sich gegenüber den Arbeitern so rücksichtslos durchzusetzen, wenn sie nicht im Parteivorstand einen festen Rückhalt gehabt hätte.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen jedoch aus der zweijährigen Geschichte der Koalitionspolitik in Sachsen, die eine einzige Kette der Vergewaltigung des selbständigen politischen Willens der sozialdemokratischen Arbeiterschaft darstellt, auch ihrerseits die Lehren ziehen. Wäre diese Entwicklung möglich gewesen, wenn die linken sozialdemokratischen Führer ihre vielfachen Versprechungen mit allen Mitteln auch gegenüber dem Parteivorstand rücksichtslos durchgesetzt hätten? Die linken Führer haben sich immer wieder durch parlamentarische Vereinbarungen mit dem Parteivorstand in Gegensatz gestellt zur Mehrheit der Arbeiterschaft. Bei der Bildung der Großen Koalition gab die sozialdemokratische Fraktionsminderheit eine Erklärung ab, daß die Sozialdemokratische Partei die Verantwortung für die Regierung ablehne. Dieses Vorgehen entsprach der Stellung der Linken auf dem Landesparteitag der SPD. vom 6. Januar 1924. Dieser Landesparteitag wandte sich in einer scharfen Entschließung gegen die Bildung der Großen Koalition durch die Fraktionsmehrheit und sprach derselben das schärfste Mißtrauen aus. Die eingegangene Verbindung mit Volkspartei und Demokraten wurde gezeichnet als eine „glatte Unterwerfung unter die Gewaltpolitik der Bourgeoisie, die in Sachsen und Thüringen durch Staatsstreich und Reichsexekutive die Zerschlagung der sozialdemokratischen Positionen und die Bildung einer Großen Koalition anstrebte." Der Landesparteitag forderte gleichzeitig den Rücktritt des Ministerpräsidenten, die Auflösung des Landtags und im Falle der Ablehnung der Landtagsauflösung den Volksentscheid auf Landtagsauflösung. Die Fraktionsmehrheit erklärte damals, daß sie ihre Stellungnahme vor der Gesamtpartei verantworten werde und daß sie für die Entscheidung über ihren Beschluß den Reichsparteitag in Berlin anrufen werde. Hierauf nahm der Landesparteitag gegen drei Stimmen eine Gegenerklärung an, in der es heißt:

„Auf die Erklärung der Fraktionsmehrheit erklärt der Landesparteitag, daß die SPD. in Sachsen nach dem auf dem Landesparteitage am 6. Januar 1924 gefaßten Beschluß, an dem Kabinett Heldt nicht beteiligt und für diese Koalitionsregierung nicht verantwortlich ist."

Dieser Beschluß der sozialdemokratischen Arbeiter hätte der Auftakt sein müssen zum schärfsten parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf der Fraktionsminderheit gegen die Koalitionsregierung bis zum Sturze derselben. Vor dieser Konsequenz schreckten jedoch die linken Führer zurück. Sie führten zwar parlamentarische Scheingefechte gegen die Regierung, vermieden jedoch jede politische Maßnahme, die zu Aktionen zum Sturze des Kabinetts hätte führen können. Um eine klare Stellungnahme vor der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu verschleiern, wurde die Frage der Auseinandersetzung mit den Koalitionspolitikern auf das Gebiet des organisatorischen Disziplinbruches geschoben. Auf mehreren Landesparteitagen, in unzähligen Kommissionssitzungen und Funktionärversammlungen verhandelten die Linken monatelang mit dem Parteivorstand und mit den Vertretern der Fraktionsmehrheit. Durch taktische Winkelzüge und Manöver sollte jede eindeutige politische Fragestellung verhindert werden. Das zeigte sich besonders kraß auf dem Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie im Oktober 1924 in Leipzig. Dieser Parteitag war unter der Regie Lipinskis eine widerliche Komödie. Auf diesem Parteitage wurde überhaupt keine Diskussion geführt, sondern nur hinter den Kulissen gekuhhandelt.

Es hat sich später herausgestellt, daß der Parteivorstand auf diesem Parteitage in ganz besonders gerissener Weise seine Hände im Spiel gehabt hat. Er empfahl am 26. Oktober die Auflösung und anschließend die Kandidatenaufstellung. Das war für die Oeffentlichkeit des Parteitages, zur Beruhigung der sozialdemokratischen Arbeiter. Am 3. November berief der Parteivorstand jedoch eine Sitzung nach Berlin, in der beschlossen wurde, daß die Landtagsfraktion erst dann einer Landtagsauflösung zustimmen dürfe, wenn die Vereinbarungen über die Kandidatenaufstellung durchgeführt seien. Herr Wels wollte also der Rechten ihre Mandate garantieren. Bot so auf der einen Seite die Rechte in der verflossenen Zeit in ihrem Kampfe gegen die Landtagsauflösung das Bild eines widerwärtigen Strebertums und Mandatschachers, einer schamlosen Unterwerfung unter die Befehle der kapitalistischen Parteien, so bot auf der anderen Seite die linke Führergruppe ein trostloses Bild der Schwankungen, Unentschiedenheit und Haltlosigkeit. Dieses Spiel wurde bis zum Heidelberger Parteitag fortgesetzt. Die sozialdemokratischen Arbeiter wurden auf die Beschlüsse dieses Parteitages vertröstet. Der Heidelberger Parteitag brachte jedoch alles andere als eine Entscheidung der Parteitagsmehrheit gegen die sächsische Koalitionspolitik. Im Gegenteil. Die Koalitionspolitik wurde gebilligt. Es wurde nur aufs neue der Versuch gemacht, die Arbeiter mit dehnbaren und auslegungsmöglichen Beschlüssen irrezuführen.

Im Juli 1925, also vor dem Heidelberger Parteitag, beschäftigte sich der Parteivorstand noch einmal mit den sächsischen Differenzen und erklärte in einer Entschließung, daß es die Pflicht der sächsischen Parteivertreter im Landtage sei, ungesäumt die Auflösung des Landtages herbeizuführen. Als Bedingung wurde jedoch die vorherige Erledigung der schwebenden Schiedsgerichtsverfahren gestellt. Aber gerade diese Schiedsgerichtsverfahren waren nichts anderes als eine unerhörte Provokation der sozialdemokratischen Arbeiter durch den Parteivorstand. Nach den Beschlüssen von Heidelberg sollten alle die bestehenden Differenzen beigelegt sein und ein neues Kapitel aufgeschlagen werden. Die linken sozialdemokratischen Führer waren jedoch nicht imstande, die Opposition ihrer proletarischen Anhänger gegen die Heidelberger Beschlüsse zu verhindern.

Nach dem Heidelberger Parteitag trat die sozialdemokratische Fraktion im Sächsischen Landtag wieder geschlossen auf. Der Beschluß des Landesparteitages vom 6. Januar 1924 wurde automatisch aufgehoben. Die Linken übernahmen die Verantwortung für die Koalitionsregierung Heldt. Als äußeren Beweis für diese Tatsache sollte ein Vertreter der Linken in die berüchtigte „Neunerkommission" eintreten. Die kapitalistischen Dirigenten der sächsischen Koalition lösten jedoch kurzerhand diese Kommission auf und verständigten sich auf andere Weise mit den Rechten. Damit sind die linken sozialdemokratischen Führer völlig ins Schlepptau der Koalitionsregierung geraten.

Was hätten die linken Führer tun müssen, um den Willen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Koalitionspolitik zum Siege zu verhelfen? In erster Linie mußte die Einheit der Arbeiterklasse hergestellt werden. Unter Verzicht auf parlamentarische Manöver, bei Durchführung rücksichtslosester parlamentarischer Opposition konnten die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter Sachsens außerhalb des Parlaments in wirksamster Weise zu einer einheitlichen, geschlossenen Front zusammengeführt werden. Hatten doch die linken Führer fast die gesamte Parteiorganisation der SPD. hinter sich. War der ADGB. die festeste Stütze der Koalitionsregierung in Sachsen, so mußte sich der Kampf aller Feinde dieser Regierung konzentrieren auf die Bekämpfung der arbeitsgemeinschaftlichen Politik des sächsischen Bezirksausschusses des ADGB. Die Regierung Heldt warf einen republikanischen Beamten nach dem anderen auf die Straße. Die Arbeiterschaft mußte ihrerseits ihre Reihen reinigen von allen denjenigen, die im Bunde mit der Regierung standen. Das war die richtige Antwort auf die Richtlinien Dittmanns. Wenn Dittmann die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens an die Bourgeoisie verkaufen wollte, dann mußten alle Mittel angewendet werden, um die Spaltung der Arbeiter zu verhindern und die Einheit herzustellen. Die linken Führer haben sich jedoch dem Parteivorstand unterworfen, sie sind infolgedessen in Widerspruch mit ihren eigenen Anhängern geraten. Das beweist nicht zuletzt der Widerstand, der heute bereits in breiten Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die linke Führung vorhanden ist. Es sei nur an die Beschlüsse der Leipziger SPD. zur Frage der Fürstenenteignung erinnert und an die zahlreichen Beschlüsse von Gewerkschaftsversammlungen zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront und Ablehnung jeder Koalitionspolitik.

Am 23. Januar wird wiederum ein Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokratie stattfinden. Die sozial-

Einleitung des Volksentscheides durch die KPD.

Zu der von uns bereits gestern berichteten Mitteilung des „Montag Morgen", der unter der Ueberschrift „Neue Aktion gegen die Fürstenabfindung" mitteilte, daß die Frage des Volksentscheides über die Fürstenabfindung im Laufe dieses Monats wieder akut werde, da die KPD. einen neuen Schritt bei der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften vorbereite, um sie zu einem gemeinsamen Antrag zu gewinnen, veröffentlicht heute „Die Rote Fahne" unter Bezugnahme auf die vom „Montag Morgen" gebrachte Meldung folgendes:

Der von der Kommunistischen Partei eingeleitete Kampf für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten hat weit über die Grenzen der Arbeiterschaft hinaus ein lebhaftes Echo gefunden. Nicht nur im Reichstag und in den einzelnen Landesparlamenten, sondern auch von vielen kommunalen Vertretungen liegen Anträge auf restlose Enteignung der Fürsten vor. Nicht nur die kommunistischen Arbeiter und die mit der KPD. sympathisierenden Schichten der werktätigen Bevölkerung haben sich mit diesen Anträgen solidarisiert. Trotz der ablehnenden Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der offensichtlichen Sabotage- und Verwirrungsmanöver der sozialdemokratischen Presse haben sich in vielen Orten auch die sozialdemokratischen Arbeiter mit der Forderung der Kommunisten solidarisiert und dementsprechende Anträge an die sozialdemokratischen Parteiinstanzen gestellt. In unzähligen Gewerkschaftsversammlungen und Konferenzen **haben kommunistische und sozialdemokratische Gewerkschafter gemeinsam beschlossen, für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einzutreten.** Unter dem Druck der täglich zunehmenden Massenbewegung gegen die Fürstenabfindung haben in verschiedenen Gemeindeparlamenten selbst bürgerliche Vertreter den von den Kommunisten eingebrachten Anträgen zugestimmt. Nicht nur in den proletarischen Massen, auch in den kleinbürgerlichen Kreisen, in den Kreisen der Beamten **und Angestellten, in den durch die Aufwertung betrogenen** Schichten der Bevölkerung wächst mit jedem Tag die Empörung. SPD. und ADGB. tun aber noch immer so, als sähen sie nichts von dieser Bewegung und fahren fort, die Aktion für die entschädigungslose Enteignung zu durchkreuzen und zu sabotieren.

Die Kommunistische Partei wird **trotz der öffentlichen Sabotage des SPD.-Parteivorstandes** und des **ADGB.** fortfahren, die werktätigen Massen für den Kampf **um die** entschädigungslose Enteignung zu mobilisieren. **Sie ist** überzeugt davon, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, wie auch die kleinbürgerlichen Schichten, die sich bereits für die Anträge der Kommunisten entschieden haben, die Partei in diesem Kampfe weiter unterstützen werden.

Die Kommunistische Partei würde es begrüßen, wenn die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften geschlossen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eintreten würden. Die Tatsache, daß die Frage der Fürstenabfindung auf der Grundlage einer Entschädigung angesichts der ungeheuren Notlage des werktätigen Volkes, insbesondere des Millionenheeres der Erwerbslosen geregelt werden soll, wie es die Anträge der SPD. und der Demokraten vorsehen, erfordert gebieterisch sofortiges und schnelles Handeln.

Aus diesem Grunde wird die Kommunistische Partei das Volksbegehren beantragen und die dazu notwendigen Vorbereitungen einleiten in der festen Zuversicht, daß sie von den Millionen der werktätigen Bevölkerung aktive Unterstützung erhalten wird.

demokratischen Arbeiter müssen verhindern, daß ein Parteitag abgehalten wird ähnlich den vergangenen Parteitagen. Ein Parteitag, auf dem sie zwar Beschlüsse fassen dürfen, dessen Beschlüsse jedoch von den Führern der Partei mit Füßen getreten werden. Die tiefe Wirtschaftskrise, verbunden mit einer täglich wachsenden Arbeitslosigkeit und mit steigendem Massenelend, zwingt auch die sozialdemokratischen Arbeiter zu entscheidenden Kampfmaßnahmen gegen das Kapital. Während der sozialdemokratische Parteivorstand in Berlin über die Bildung der Großen Koalition mit den kapitalistischen Parteien verhandelt, hat die Kommunistische Partei als einzige Partei in Deutschland der Arbeiterschaft klar den Weg aus der kapitalistischen Krise aufgezeichnet. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern für die **proletarische** Lösung der Krise kämpfen. In diesem Kampfe sind die Gewerkschaften Organe von ausschlaggebender Bedeutung. Die gesamte sächsische Arbeiterschaft muß deshalb die Beschlüsse der englisch-russischen Gewerkschaftskonferenz aufs freudigste begrüßen und ihrerseits für die Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit und damit für die Stärkung der Schlagkraft der Gewerkschaften kämpfen. Es muß Schluß gemacht werden mit der Koalitions- und unternehmerfreundlichen Politik des sächsischen ADGB.

Die wachsende Not der besitzlosen Massen verlangt gebieterisch die Durchführung der entschädigungslosen Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser. Alle klassenbewußten Arbeiter müssen sich hinter diese Losung stellen und ihre Organisationen zwingen, sich für den Volksentscheid auszusprechen und einzusetzen. Wieder einmal stehen die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens vor einer wichtigen Entscheidung über die Frage: **Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie oder proletarische Einheitsfront?** In den Gewerkschaften und Betrieben, auf den Arbeitsnachweisen und in den Erwerbslosenversammlungen muß die gesamte Arbeiterschaft diese Frage, die eine Lebensfrage für sie ist, besprechen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen ihren Landesparteitag u. ihre Beschlüsse, die sie dort fassen wollen, so vorbereiten, daß kein Führer es noch einmal wagen kann, über die Beschlüsse der Arbeiter zu spotten und dieselben mit Füßen zu treten. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter auf ihrem Parteitag wiederum den Sturz der Koalitionsregierung fordern, dann darf es kein neues Verhandeln, kein neues Schwanken geben, dann müssen alle diejenigen Führer, die das Vertrauen des Proletariats aufs schmählichste mißbrauchen und die Klasseninteressen der Arbeiterschaft verraten, endgültig ausgestoßen werden aus dem Lager der Arbeiterklasse.

Um die Große Koalition

Aus dem Lager der sozialdemokratischen Führer wird das Drängen nach dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Große Koalition immer stärker. Während noch vor wenigen Tagen Genosse Fleißner in der „Löbauer Volkszeitung" gegen die Koalition mit den deutschen Volksparteilern, indem er diese als eine im Grunde monarchistische Partei kennzeichnete. Auf der anderen Seite kämpfen Scheidemann, Schöpflin und David. Scheidemann verlangt den Eintritt in die Koalition. Schöpflin schreibt, daß Koch sich ehrlich um die Regierungsbildung bemüht habe, daß der ablehnende Ton der SPD.-Fraktion nicht wiederholt werden dürfte. **David** schlägt die stärksten Töne an und schreibt: „Wenn die SPD. nicht in die Regierung eintrete, werde die Unterstützung der Erwerbslosen noch geringer, die Steuern höher und die Arbeitszeit länger werden." Das ist ein ganz kompletter Verzicht zum Zusammengehen mit den Kapitalisten. Kein Kampf gegen die Ausbeuter, kein Klassenbewußtsein. Die Interessen der Arbeitenden können nach David nur in Verbindung mit den Grubenbesitzern und Konzernmagnaten vertreten werden. Die SPD. schwankt hin und her. Einmal keine Große Koalition, dann wieder, rin in die Große Koalition. Auf alle Fälle Hilfstruppe des Bürgertums.

Das Zentrum regt sich auch wieder, auch dieses verlangt die Große Koalition.

„Die Welt am Abend" bringt zu den wieder beginnenden Koalitionsverhandlungen die Meldung, daß das Zentrum in den in den letzten Tagen stattgefundenen Besprechungen deutlich habe erkennen lassen, daß es nicht gewillt sei, die preußische Regierung länger zu stützen, falls die SPD. sich nicht für die Große Koalition entschließe. Dieser Druck habe seine Wirkung gehabt, da es sich jetzt um Posten handle, die in Preußen verloren gehen könnten.

Die Große Koalition wird die Fortsetzung einer verschärften Belastung der Arbeiter, die rücksichtslose Fortführung der Politik der Schwerindustrie mit sich bringen.

Die Berliner SPD.-Funktionäre gegen die Große Koalition

Berlin, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eine Berliner Parteifunktionärversammlung der SPD. nahm nach einem Referat von **Hermann Müller** gegen den Widerstand der Parteibureaukratie eine Resolution der Opposition, geführt von **Rosenfeld**, an, die folgendermaßen lautet: „Die Konferenz der Berliner Funktionäre billigt, daß die Reichstagsfraktion die Bildung einer Regierung der Großen Koalition abgelehnt hat. Die Konferenz erwartet, daß die Fraktion, wenn jetzt erneut die Bildung einer solchen Regierung geplant werden sollte, abermals die Beteiligung an dieser Koalition **ablehnt**. Eine solche Haltung entspricht den Interessen der Partei und der werktätigen Bevölkerung."

Gesetzliche Regelung des Artikels 48

Wie sich ein sozialdemokratisches Blatt den Kampf gegen die Diktatur vorstellt.

Unter der Ueberschrift „Gefahr im Verzuge? Ein Wort zu Artikel 48", schreibt die „Schwäbische Tagwacht" am 2. Januar:

„Die Befugnis, „die nötigen Maßnahmen zu treffen", bedeutet das Recht, alle verfassungsmäßigen Garantien außer Acht zu lassen, die vollziehende Gewalt ganz nach Belieben in die Hände eines Zivilkommissars oder einer Militärperson zu legen, Ausnahmegerichte einzusetzen, mit einem Wort, die rücksichtsloseste Diktatur zu errichten . . . . . Heute ist es aber erforderlich, auf gesetzlichem Wege die Maßnahmen, die zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit getroffen werden können, genau zu definieren und so zu verhindern, daß Nervosität oder böser Wille die Möglichkeit erhalten, unter Berufung auf wirkliche oder eingebildete Gefahren die verfassungsmäßigsten Rechte der Nation zu verkürzen oder zu beseitigen."

Das sozialdemokratische Blatt ist also nicht gegen die Hindenburg-Diktatur, sondern fordert „nur" gesetzliche Maßnahmen zur Verhinderung von Nervosität und bösen Willen. Diese Auffassung ist zu verstehen, wenn man bedenkt, daß in dem gleichen Artikel zugegeben wird, daß „wir es erlebt haben, wie in Sachsen und Thüringen die Funktionen der Landesbehörden im Jahre 1923 lahmgelegt worden sind, wie im Interesse der angeblich bedrohten „öffentlichen Ruhe und Ordnung" Minister ihres Amtes gewaltsam enthoben wurden, wie ein mit der vollziehenden Gewalt beauftragter General sogar das Zusammentreten des Sächsischen Landtages untersagte usw."

Natürlich, wenn Fritz Ebert und seine sozialdemokratischen Minister auf „Ekelsmonieren" mit dem Artikel 48 regierten, kann man nicht prinzipiell dagegen sein, wenn Hindenburg und Luther das gleiche tun wollen.

Etwas anderes ist es, wie sich die sozialdemokratischen Arbeiter dazu stellen. Und da sind wir überzeugt, daß sie in Bälde erkennen werden, daß die „gesetzliche Einschränkung" des Ausnahmezustandes nicht genügt, den Kampf gegen die Unternehmerdiktatur zu führen.

Völkische Geheimorganisationen bereiten den Staatsstreich vor

Berlin, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Anknüpfend an Severings Erklärung: Solange ich Minister bin, gibt es keinen Putsch, bringt heute die „Welt am Abend" aufsehenerregende Mitteilungen über die Rüstungen der Faschisten in Ostpreußen. Sie kündigt an, daß sie in den nächsten Tagen dokumentarische Beweise dafür bringen werde, daß in Ostpreußen nach wie vor geheime Organisationen unter der Führung des Generalstabsoffiziers von Auer aufgebaut werden, daß in Königsberg umfangreiche Vorbereitungen für die Errichtung einer Munitions- und Waffenfabrik, die das notwendige Material für den innerpolitischen Umsturz vorbereiten soll, getroffen werden. Nach den hier vorliegenden Unterlagen stammen die dazu nötigen großen Geldmittel aus amtlichen Quellen. Ebenso seien recht enge Beziehungen mit den russischen monarchistischen Emigranten vorhanden.

Fast 500 Millionen Mark für das Bürgerkriegsinstrument

Die Ausgaben für Heer und Marine im Etat für 1926 **bringen einen Voranschlag für die Reichswehr in der Höhe von 482 460 890 Mk. (1925: 416 508 780 Mk.)**, was eine Mehrausgabe gegenüber 1925 um fast 66 Millionen Mark bedeutet.

Diese 66 Millionen Mehrausgabe wurden von der deutschen Bourgeoisie, wie die gesamten Ausgaben für die Reichswehr, als eine rentable Sache betrachtet. Gerade angesichts der wachsenden Wirtschaftskrise zeigt sich wieder die Rolle der Reichswehr, die im Winter 1923/24 im Feldzug gegen Sachsen und Thüringen offenkundig in Erscheinung trat. Seit Wochen werden eifrige Vorbereitungen zum Belagerungszustand getroffen.

Die Stärke des Heeres wird offiziell mit 100 000 Mann angegeben, wozu noch die Sanitätsmannschaften kommen. Nicht enthalten in dieser Zahl sind die „zeitweilig" zur Verfügung stehenden schwarzen Reichswehrmannschaften, sowie der umfangreiche Spitzel- und Erkundungsapparat, den die Reichswehr (neben der Polizei) unterhält. Die Ausgaben für die Schwarze Reichswehr und den Reichswehrspitzelapparat werden im Etat für 1926 unter dem Titel „Sonstige Ausgaben für allgemeine und besondere Sachzwecke" geführt. **Dafür ist eine Summe von 232 518 467 Mark vorgesehen.** Wie bekannt, hat allein der **Reichswehrminister** die Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder.

Nach dem Abschluß des Locarno-Paktes hat die deutsche Reichswehr in der Zukunft die Rolle, die revolutionäre Arbeiterschaft im Innern niederzuhalten, wenn die Landungstruppen der westlichen Imperialisten gegen die Sowjetunion marschieren. Trotz aller Entwaffnungsnoten geben die Imperialisten der deutschen Bourgeoisie die Möglichkeit, ihr Bürgerkriegsinstrument für die **Gegenwart und Zukunft** gebrauchsfähig zu erhalten.

Der „Vorwärts" jammert naiv, es sei schon immer die Auffassung der SPD. gewesen, daß schon das Vorhandensein ungeheurer Kriegsinstrumente „eine Gefahr für den Frieden" bilde. Der „Vorwärts" vertuscht mit solchem allgemeinen Gerede bewußt die Tatsache, daß die Reichswehr ein Bürgerkriegsinstrument der Kapitalistenklasse, also eine Gefahr für die Lebensinteressen des hungernden Volkes ist. Ob die Reichswehr noch zu anderen Zwecken verwendet wird, ob sie in ein größeres Heer im Völkerbundsdienste verwandelt wird, darüber werden die englischen Imperialisten und das mit ihnen verbündete amerikanische Finanzkapital entscheiden.

Die SPD.-Führer stimmten im Reichstag stets für den Reichswehretat. Ihre Parteitage bestätigten diese Haltung. Sie sind dafür verantwortlich.

Die Kommunisten fordern die Auflösung der Reichswehr und ihre Ersetzung durch eine Miliz des werktätigen Volkes. Heute sind diese Kampflosungen gegen das Bürgerkriegsinstrument der Bourgeoisie wichtige Lebensforderungen der proletarischen Einheitsfront.

Meineidsverfahren gegen Dr. Luppe

Ein reaktionärer Racheakt.

Nürnberg, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Gegen den Oberbürgermeister **Luppe** ist von der Staatsanwaltschaft wegen angeblicher Unstimmigkeiten in den Aussagen Luppes in dem Streicherprozeß beider Instanzen **die Voruntersuchung wegen Verdacht des Meineids eröffnet worden.** Der Urlaub, den er gestern angetreten hat, wird von gegnerischer Seite bereits als **Suspension** vom Amt hingestellt. Dieses Untersuchungsverfahren ist ein Racheakt der Reaktion, die es Luppe nicht vergessen kann, **die Diktaturpläne der bayerischen Monarchisten und ihre Unterstützung durch Geßler öffentlich bekanntgegeben** und dem völkischen Streicher zwei Monate Gefängnis verschafft zu haben.

Im Zeichen der „Abrüstung"

Neuyork, 5. Januar. (Telunion.) Im amerikanischen Kongreß wurde der weitere Ausbau der Luftflotte und die Schaffung einer geordneten Luftmarine gefordert. Wie verlautet, soll die Regierung dem Vorschlage zustimmen.

Haussuchung. Heute vormittag fand im Parteisekretariat eine Haussuchung durch Beamte der politischen Abteilung nach folgenden Druckschriften statt: 1. Arbeiterkalender für 1926 (!); 2. Die Beschlüsse des 5. Weltkongresses; 3. Rundschreiben Nr. 4 (Die Betriebszelle, die Grundlage der Partei). — Gefunden wurde nichts!

Heimarbeit

Von Puck

Vor mir stehen sechzig kleine Menschen, Männer und Frauen. Sauber aus Holz geschnitzt und schön bunt bemalt. Sechzig Stück, ein Schock. Alle zusammen kosten 35 Pfennig. Und doch ist die ganze Puppenschar mit der Hand gefertigt, jedes Stück ist ein kleines Kunstwerk für sich. Wir kennen sie alle, diese kleinen erzgebirgischen Holzfiguren, die uns in der Kinderzeit als noch erschwingliches Spielzeug gedient haben.

Das Stück kostet wenig mehr als einen halben Pfennig für den Wiederverkäufer. Im Laden müssen wir dann allerdings je nach den Kalkulationsmethoden des Händlers 5, 10 oder 20 Pfennig bezahlen. Ein gutes Geschäft!

Woher kommen die kleinen Männchen und Weibchen, die wir mit Tieren, Häusern, Gärten, Wagen und vielem anderen zu ganzen Dörfern und Städten vervollständigen können? Es ist die weltberühmte erzgebirgische Heimarbeit: weltberühmt auch wegen ihrer Billigkeit. — Treten wir in eine solche Hütte ein, in der diese Arbeit geleistet wird, so sehen wir Eltern und Kinder um den Tisch herumsitzen, alle eifrig bemüht, keine Sekunde von ihrer Arbeit aufzusehen. Der älteste Sohn schneidet aus einem großen Stück Holz gleichmäßige Zylinder; legt sie nach rechts. Der Vater formt das Gesicht und die Figur aus den Klötzchen; legt sie nach rechts. Die Mutter gibt ihnen die Grundfarben, Gesicht fleischfarben, Kleidung grün, rot oder blau; legt sie nach rechts. Der zweite Sohn malt Augen, Nase, Mund; legt sie nach rechts. Das noch nicht achtjährige Töchterchen klebt die Arme und den Stehfuß an. Eine große Schüssel nimmt die fertigen Stücke auf.

Ohne aufzusehen arbeitet die Familie vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein. Denn der Unterhalt muß verdient werden, und die Bezahlung ist unerhört niedrig. Der Verdienst liegt zwischen 8 Pfennig und einer Mark für die Stunde. Aber 8 Pfennig ist wesentlich häufiger als eine Mark; denn zum letzten gehört schon eine gewisse Künstlerschaft, gepaart mit der Routine alter Heimarbeiter. Die Puppen werden wöchentlich abgeliefert an bestimmte Sammelverkaufsstellen, die dafür den gewohnten niedrigen Satz zahlen.

Die Leiden der erzgebirgischen Heimarbeiter sind furchtbar. Vom Augenblick an, in dem das Kind Herr über seine Bewegungen wird, muß es am Verdienst mithelfen. Tag für Tag, Stunde für Stunde, vor der Schule, nach der Schule muß geschuftet werden. Das Essen nimmt nicht viel Arbeitszeit weg; denn es ist noch kärglicher als das des beschäftigten Fabrikarbeiters. Das Schlafen wird ebenfalls auf ein Minimum beschränkt; denn die vorhandenen Wolldecken würden gerade für die Eltern ausreichen, und die Kälte sorgt dafür, daß man frühestens wieder wach wird.

Wieviel Familien, wieviel Menschen sich auf diese kümmerliche Art durchs Leben schlagen, ist bisher noch nicht einwandfrei festgestellt worden. Aber es ist Tatsache, daß manche sechsköpfige Familie, krank und ausgehungert, sich langsam mit einem Einkommen von 15 Mark in der Woche ihrem frühen Ende entgegenhustet, das dem Heimarbeiter willkommen ist.

Gern hätte ich mich weiter am Anblick der sechzig niedlichen Männlein und Weiblein erfreut, bevor ich sie in die kleinen Hände meiner Kinder ausliefere. Aber der Satz ist schon richtig, daß man nichts sehen, hören oder sprechen kann, ohne an die Grausamkeiten des herrschenden Systems erinnert zu werden. Ich werde die Puppen meinen Kindern nicht übergeben, bevor ich sie mit der Lebensweise derer bekanntgemacht habe, die ihnen — selbst noch Kinder — unter Opfern diese Freude schenken. Auch unseren Kindern muß aus jedem Gegenstand die Zugehörigkeit zu ihrer Klasse bewußt werden.

Sarrasani

Es gibt diesmal keine Ausflüge ins Patriotische. Man hat richtiger den zirzensischen Teil bereichert. Die zirkusfeindlichen Balletts sind verschwunden. Hans Stosch führt seine Elephanten vor. Die Südpolbären treten als unfreiwillige Komiker auf. Vier Männer am Reck zeigen in schwierigen Uebungen ihre trainierten Körper. Ein musikalischer Clown parodiert Lohengrin. Der Weg zu den Fünftausend liegt in dieser Richtung.

J—s.

Richard Strauß bisher erfolgreichstes und populärstes Werk „Der Rosenkavalier", das mit Michael Bohnen und Paul Hartmann in den Hauptrollen, von der Pan-Film A.-G. in Wien unter der Regie von Robert Wiene verfilmt wurde, gelangt am 10. Januar in der Staatsoper zur Uraufführung. — Richard Strauß wird persönlich am Dirigentenpult erscheinen.

„Arbeiter-Illustrierte"-Zeitung. Die Bildzeitung der Arbeiterklasse bringt in ihrer Januarnummer reich illustrativ und instruktiv im Text, lehrreiche und fesselnde Ausschnitte aus der gewaltigen revolutionären Bewegung, die den ganzen Erdball erfaßt hat. Das Titelbild zeigt einen an die Säule des Kapitalismus gefesselten, von einem Dollarknecht gepeitschten Neger, aber auch der schwarze Klassengenosse ist erwacht. Amerika hat eine revolutionäre Negerbewegung, hat Negerkongresse und Organisationen. Darüber unterrichten weitere Bilder und ein interessanter Artikel des amerikanischen Genossen William Kruse. Ganz besonders Beifall findet die Serie von Führerporträts, die Repräsentatoren der verschiedenen Internationalen in ihrer Entwicklung zur kommunistischen Weltorganisation. Dieses Blatt wird gewiß jeder Bezieher der AIZ. aufheben. Die neueste Phase in den gewaltigen Auseinandersetzungen im fernen Osten, in China und Japan zwischen Kapital und Arbeit, zwischen nationalen Freiheitskämpfern und kapitalistischem Imperialismus, revolutionäre Demonstrationen in Uruguay, Bilder aus dem Befreiungskampf der Frau von der Türkei bis China runden die von Photographen und Journalisten gezeichnete gewaltige Bewegung, die den Erdball umtobt.

Luft-Postämter. Der englische Luftpostdienst ist im Begriff, eine neue Einrichtung zu schaffen, die der rascheren Zustellung der Flugpost dienen soll. Auf einer Reihe von Linien sollen demnächst die Postsäcke, die für einzelne wichtige Stationen des Weges bestimmt sind, unterwegs aus einigen hundert Meter Höhe abgeworfen werden. Es werden hierfür bestimmte Stellen auf der Erde freigehalten und für die Flugzeuge weithin kenntlich gemacht, um gewissermaßen als Briefkästen zu dienen. Die Postsäcke sollen mit einem Fallschirm versehen werden, der erst in einer bestimmten Höhe in Tätigkeit tritt und dafür sorgt, daß die Sendung heil auf der Erde landen kann. Automobile warten auf die Sendung und befördern sie dann zum Verteilungspostamt.

Wagner-Aufführungen in Leningrad. Wagners „Ring des Nibelungen" wird jetzt in Leningrad in der Akademischen Oper zur Aufführung gelangen. Die Proben zu „Rheingold" haben bereits begonnen.

„Der blutige Sonntag". Zur Erinnerung an die russische Revolution von 1905 ist ein großes Filmdrama gekurbelt worden, welches den Namen „Der blutige Sonntag" führt. Das gewaltige proletarische Filmwerk läuft in Leningrad seit dem 20. Dezember, um dann später auch in Moskau, in den Provinzstädten und im Ausland aufgeführt zu werden.

Dresden

5. Januar: 1925 Eröffnung des Reichstages und des Preuß. Landtages. Amnestieanträge der Kommunisten. 1922 Reparationskonferenz in Cannes. 1921 Demonstration in Flensburg bei Beerdigung P. Hoffmanns. Sipo schießt auf Demonstranten, 11 Tote, 22 Verwundete. 1919 Beginn der „Spartakuskämpfe" in Berlin. Besetzung der Zeitungsdruckereien. Riesendemonstration gegen Absetzung Eichhorns. 1873 Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Das Bauprogramm der Städtischen Straßenbahn

Vom Allgemeinen Mietbewohnerverband Dresden wird uns geschrieben:

An den Rat der Landeshauptstadt Dresden und das Stadtverordnetenkollegium Dresden.

Vor kurzem wurde das Bauprogramm der städtischen Straßenbahn für das Jahr 1926 veröffentlicht. Mit großem Befremden haben wir dabei feststellen müssen, daß auch diesmal wieder starkbevölkerte Stadtteile ganz außer Betracht gelassen wurden.

Es handelt sich um die seit nahezu einem Vierteljahrhundert in das Stadtgebiet einverleibten Vororte Trachau, Mickten und Kaditz. Dieses Gebiet, das den 19. Polizeibezirk umfaßt, zählt nahezu 30 000 Einwohner, ist aber vollkommen ohne Straßenbahnverbindung. Die beiden Linien 6 und 10 laufen nur zu einem Teil an den Grenzen des Bezirks entlang.

Wie stark das Verkehrsbedürfnis der hier wohnenden Bevölkerung ist, geht schon daraus hervor, daß neben den schon vorhandenen Linien 10, 15 und 17 eine weitere Linie 14 eingerichtet werden soll, die aber den berechtigten Anforderungen nicht genügen, weil sie nur bis an die Grenze des Bezirks (Straßenbahnhof Mickten) heranfahren. Dabei handelt es sich nicht allein um einen überaus starkbevölkerten, sondern um den an Umfang größten Stadtbezirk Dresdens. Wenn die Bevölkerung in diesen Stadtteilen bis zur nächsten Straßenbahnhaltestelle (Mickten) einen Weg von 30 und mehr Minuten zurückzulegen hat, so dürfte das Verlangen auf Beseitigung dieser Verkehrsmißstände ohne weiteres begründet sein.

Die jetzt den Bezirk durchschneidende Staatslinie nach Kötzschenbroda kann als Ersatz nicht angesehen werden, weil neben den unzulänglichen Beförderungsmöglichkeiten eine doppelte Bezahlung in Betracht kommt.

Die Verkehrsverhältnisse in allen übrigen, namentlich auch in den neueinverleibten Vororten, sind in letzter Zeit wesentlich verbessert worden, so daß auch die nordwestlichen Vororte nunmehr einen gleichen Anspruch auf Berücksichtigung haben. Es ist uns bekannt, daß Schwierigkeiten bestehen, weil die Hauptstraße des Bezirks eine Staatsstraße ist. Falls es nicht gelingt, diese Schwierigkeiten zu beseitigen, muß das Verkehrsproblem dieses Bezirks unter Umgehung der Leipziger Straße gelöst werden.

Wir bitten deshalb den Verwaltungsrat der Städtischen Straßenbahn, mit möglichster Beschleunigung die unhaltbaren Verkehrsverhältnisse im 19. Stadtbezirk zu beheben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Allgemeiner Mietbewohnerverein Dresden und Bezirks-Mieterausschuß der Stadtteile Kaditz, Trachau, Mickten, Uebigau, Dresden-N. 30, Wächterstr. 50, 2.

gez.: Unterschriften.

Auch ein Menschenfreund

Die Herren Hausagrarier können in ihrem Blätterwald nicht genug davon reden, daß nur sie die wahren und reinsten Menschenfreunde sind. Wie diese Menschenfreundlichkeit in Wirklichkeit aussieht, dafür wollen wir unseren Lesern ein typisches Beispiel vorführen: Bartholomäistr. 10, Dresden-A., gehört einem Herrn Kaufmann Eberding. Dieser ist, wie aus einem uns vorliegenden Mietvertrag hervorgeht, besonders bemüht, seine Mieterfreundlichkeit zu beweisen. Nach diesem Mietvertrag soll schon bei Eintritt von Familienzuwachs sich die Miete um 25 Prozent erhöhen (?). Darüber hinaus kümmern ihn scheinbar Gesetze gar nicht. Obwohl lt. Gesetz mit 1. April 1924 die Nachzahlungspflicht ausgeschlossen war, erhob dieser Menschenfreund noch Nachzahlungen bis 30. September. Von diesem Zeitpunkt an jedoch erhöhte er einfach die Friedensmiete um 12½ Prozent. Als sodann der fragliche Mieter infolge wirtschaftlicher Verhältnisse in Rückstand geriet, betrieb der Menschenfreund Eberding Räumungsklage und erreichte auch Räumungsurteil, trotz Mieterschutzgesetz. Das Gericht verurteilte den Mieter zur Räumung seiner Wohnung, ohne Ersatzraum, und der menschenfreundliche Herr Hausbesitzer ließ die Familie obdachlos auf die Straße setzen. So sieht in Wirklichkeit die Menschenfreundlichkeit der Herren Hausagrarier aus, und zugunsten dieser Sippe, Proleten, änderte die Lutherregierung, änderte der Reichstag die unzulänglichen Mieterschutzgesetze ab. Das ist die nach der Weimarer Verfassung garantierte „menschenwürdige" Wohnung für jeden Deutschen. Mieter, erwacht, ehe es zu spät ist.

Winter-Sonnenwendfeier in Leuben

Am Neujahrstag veranstaltete der Unterbezirk Dresden-Ost der Gem. prol. Freidenker im Gasthof Dobritz eine gutbesuchte proletarische Sonnenwendfeier, bestehend aus Gesang, Musik, Rezitation, turnerischer Aufführung und Theater. Sämtliche dem Sport- und Kultur-Kartell Leuben angeschlossenen Arbeitersportvereine hatten ihre Mitwirkung zugesagt, und so war das Programm reichhaltig. Die ausführenden Genossen und Genossinnen hatten sich ganz in den Dienst der Sache gestellt und lösten ihre Aufgaben zur vollen Zufriedenheit. Hervorzuheben wäre das proletarische Stück „Der letzte Priester", welches durch Mitglieder der dramatischen Vereine „Preziosa" und „Tannhäuser" aufgeführt wurde. Trotzdem nur eine kurze Zeit zur Einübung der Rollen zur Verfügung stand, beherrschten sie dieselben vorzüglich, besonders der den Priester darstellende Genosse spielte seine Rolle sicher und vortrefflich. Leider konnte das Stück infolge der Reichhaltigkeit des Programms und der vorgeschrittenen Zeit nicht zu Ende gespielt werden, die letzten 2 Akte mußten wegfallen. Es wäre wünschenswert, daß dieses Stück in einem besonderen Theaterabend zur Aufführung gebracht würde. Gute Kräfte zu diesen Rollen sind vorhanden, das bewiesen die Darbietungen an diesem Abend.

Immer wieder muß gerügt werden, daß ein Teil des Publikums bei derartigen Veranstaltungen nicht die nötige Ruhe hält und dadurch die anderen Zuhörer stört. Es muß doch ein jeder Besucher derartiger Veranstaltungen soviel Rücksicht auf die anderen Gäste und auf die Darbietenden nehmen, auch muß bei diesen proletarischen Festen im Interesse beider Teile das Rauchen unterlassen werden. Mit dem Verlauf dieses Abends kann man aber zufrieden sein. So wie es hier gelungen ist, mit vereinten Kräften ein wirkungsvolles Fest zu schaffen, wird und muß es uns auch gelingen, zusammengeschlossen in der Einheitsfront aller Ausgebeuteten das Kapital und seine Söldlinge zu schlagen, um für uns eine bessere Welt zu gewinnen.

Arbeiterkorr. F. J.

Eröffnung des neuen Haltepunktes Dresden-Plauen

Im Zusammenhang mit der Hochlegung der Eisenbahnstrecke Dresden—Tharandt im Stadtteil Dresden-Plauen ist bekanntlich in günstiger Lage zu den bevölkerungsreichen Stadtteilen Dresden-Plauen und Dresden-Löbtau an der Straße Altplauen ein neuer Eisenbahnhaltepunkt errichtet worden. Der alte, außerhalb des bebauten Stadtteiles an der Felsenkeller-Brauerei liegende Haltepunkt wird dadurch entbehrlich. Die Inbetriebnahme des neuen Haltepunktes erfolgt am 5. Januar mit dem 5,06 vormittags in der Richtung Dresden-Hauptbahnhof verkehrenden Personenzuge 1111. Mit der Abfertigung des 1,30 Uhr vormittags dieses Tages in der Richtung nach Dresden-Hauptbahnhof fahrenden Personenzuges 1017 wird der alte Haltepunkt eingezogen.

Der Bahnsteig des neuen Haltepunktes ist zwischen den beiden Gleisen als sogenannter Inselbahnsteig angelegt worden. Anders als bei dem alten Haltepunkt muß hier in beiden Richtungen auf der linken Seite des Zuges — in der Fahrtrichtung gesehen — aus- und eingestiegen werden. Zum Bahnsteige führen zwei Treppenaufgänge. Der eine Aufgang ist durch die Schalterhalle zu erreichen und dient dem regelmäßigen Verkehr. Der andere Aufgang ist zwischen den beiden Gleisbrücken in der Straßenunterführung angeordnet und wird nur in den Stunden des starken Berufs- und Ausflugsverkehrs geöffnet. Das ist bis auf weiteres an Werktagen die Zeit von 5,30 Uhr bis 7,45 Uhr vormittags, und von 3 bis 7 Uhr nachmittags, sowie Sonntags von 2 bis 10,30 Uhr nachmittags. Die bisherigen Abfahrtszeiten der Züge gelten auch für den neuen Haltepunkt.

Auf zu Sarrasani! Zu den Weihnachts- und Neujahrstagen ist der Zirkus Sarrasani wieder völlig in den Mittelpunkt Dresdens getreten als die ureigentliche Kunststätte des Volkes. Familien strömten ihm zu mit großen Kinderscharen, wiederum hatte Sarrasani auch auf das auswärtige Publikum seine starke Anziehungskraft ausgeübt. Die Billettvorbestellungen kamen bis von Zwickau und Zittau. Hans Stosch-Sarrasani, an der Spitze seiner gewaltigen Elefantenherde, hat wieder das durchgesetzt, was seinem Ehrgeiz vorschwebt: eine Kunststätte zu schaffen. Er trägt der heutigen Konjunktur Rechnung und schafft die billigsten aller Dresdner Eintrittspreise, gewillt, für seine Dresdner Heimat nach so langem Fernsein schwere Opfer weiter zu bringen. Von nun an kostet der allerteuerste Platz bei Sarrasani, der Mittellogensitz, nur 5 Mark, ein Rekord für Dresden, und entsprechend stufen sich die andern Plätze bis zu den billigsten Preisen ab. Sarrasani kehrt mit Entschlossenheit zu den Eintrittspreisen des Jahres 1914 zurück, obwohl seine eigenen Unkosten, die Gagen und die Materialpreise, um 60 bis 100 Prozent gestiegen sind. Dabei sind seine Darbietungen auf einem nie erreichten Höhepunkt. Das „Wintermärchen", darin nicht weniger als 12 artistische Attraktionen, sind Sehenswürdigkeiten, von denen die Mehrzahl seit dem 1. Januar neu sind. Am Mittwoch, dem Hohenneujahrstage, findet übrigens um 3 Uhr eine Nachmittagsvorstellung mit halben Preisen für Kinder statt. Weitere Nachmittagsvorstellungen Sonnabend und Sonntag.

8 Selbstmordversuche in Dresden

Vom 1. bis 3. Januar sind im Dresdner Stadtgebiet nicht weniger als acht Selbstmordversuche und zwei Selbstmorde aus verschiedenen Gründen, wie geschäftlichen Schwierigkeiten und Nahrungssorgen, vorgekommen.

Einbruch in der Totenhalle

In einer der letzten Nächte ist wiederum ein Unbekannter in die Totenhalle des Annenfriedhofes in Dresden-Löbtau eingedrungen und hat die Särge der darin aufbewahrten Leichen aufgedeckt. Schändungen, wie kürzlich in der Halle des äußeren Friedrichstädter Friedhofes, wurden nicht vorgenommen.

Des Gattenmordes verdächtigt.

Am 2. Januar früh wurden in Zschachwitz der 39jährige Schuhmachermeister Schwarz in seinem Bette tot, seine 30jährige Ehefrau anscheinend bewußtlos aufgefunden. Der Tod des Mannes war durch Leuchtgas herbeigeführt worden. Die von der Gendarmerie und Kriminalpolizei aufgenommenen Erörterungen führten zur Verhaftung der Ehefrau wegen dringenden Verdachtes, ihren Mann ermordet zu haben. Während der Tod des Schwarz bereits seit Stunden eingetreten war, hat seine Ehefrau die Bewußtlosigkeit anscheinend nur vorgetäuscht, insbesondere konnten Vergiftungserscheinungen an ihr auch vom Arzt bisher nicht wahrgenommen werden. Auch andere Merkmale sprechen für ihre Täterschaft. Eheliche Zwistigkeiten scheinen die Veranlassung zur Tat gewesen zu sein.

Straßenräuber festgenommen — Zeugen gesucht. Als in der Silvesternacht früh 4 Uhr drei Frauen von der Kampischen Straße kommend, den Rathausplatz überschritten, sprang nach Angaben von Augenzeugen der später erlangte Schausteller Pfeiffer aus einer Hausnische hervor und versuchte, den Frauen die Handtaschen zu entreißen. Hilfeschreiend haben alle drei nach der Pillnitzer Straße zu die Flucht ergriffen. Sie sind unbekannt geblieben und haben bisher keine Anzeige erstattet. Ihre Angaben sind aber von größter Wichtigkeit, insbesondere weil der Täter, der mit Hilfe eines Passanten festgenommen werden konnte, leugnet. Sie werden aufgefordert, sich umgehend bei der Kriminalpolizei, Schießgasse 7, zu melden. Der Räuber war außerdem im Besitze einer schwarzen Geldtasche aus Glanzleder, 15 mal 12 groß, mit drei Fächern und einem kleinen Fach mit Druckknopfverschluß, sowie einer kleinen roten Briefmarkentasche mit der Firma „Pelzhaus Otto Schmidt, Grimma, Kürschnermeister, Hüte, Mützen und Herrenartikel". Auch diese Gegenstände dürften von gleichen Straftaten herrühren. Die Eigentümer wollen sich ebenfalls baldigst melden.

Der Touristen-Verein „Die Naturfreunde" schreibt uns: Auf eine Anregung der hiesigen Ortsgruppe des Touristenvereins „Die Naturfreunde" wird der bekannte Weltwanderer, Herr Schriftsteller Eugen Bekmann aus Stuttgart, hier einen Lichtbildervortrag über das Thema: „Vom Polareis bis zum Wüstensand der Sahara, eine Fußwanderung" halten. An Hand seiner prächtigen und zum großen Teil kolorierten Lichtbilder wird der Referent seine Zuhörer über Deutschland, Schweden und Norwegen bis nach Hammerfest, der nördlichsten Stadt der Welt, führen, und hier die Naturschönheit der Mitternachtssonne schildern. Sodann geht die Reise südwärts durch das Innere Norwegens mit seinen herrlichen Fjörden und unzugänglichen Gebirgsmassen über Deutschland, Schweiz, Oberitalien mit seinen zauberhaften Seen, Rom, Süditalien mit seinem bunten Volksleben, Neapel, Insel Capri, Sizilien nach Nordafrika, wo man sich mitten in „Tausend und eine Nacht" versetzt glaubt. — Da Herr Bekmann, der seine Studienwanderungen oft im schlichten Kleid des „Bruder Straubinger" ausführte — einmal in Gesellschaft von Zigeunern usw. Straße ziehend, ein andermal allein aufs Geratewohl den Urwald durchquerend —, nur eigene Erlebnisse bringt, dürften seine Schilderungen äußerst packend werden. Es sollen aber auch die geologischen Besonderheiten der besuchten Länder geschildert werden, wie die uns seltsam anmutenden Lebensgewohnheiten der Polarvölker und der Bewohner der heißen Zone, weshalb der Besuch des Vortrages nur zu empfehlen ist. Wir sind uns bewußt, angesichts der aller gesunden wirtschaftlichen Entwicklung zuwiderlaufenden, aufgezwungenen Arbeitslosigkeit so vieler trotzdem unsere Vortragsreihe weiter zu veranstalten. Wir bitten um die Unterstützung aller Wissensdurstigen, unser Bestreben, gute Vorträge zu bieten, durch zahlreichen Besuch zu fördern. Es ist selbstverständlich, daß Arbeitslose gegen Vorzeigen des Ausweises freien Zutritt haben. — Der Vortrag findet wieder im Gasthof Leuben, abends 7,30 Uhr statt. Einlaß 6,30 Uhr. Eintritt für Erwachsene 50 Pf., Jugend 40 Pf. — Dem Abendvortrag wird ein Lichtbildervortrag für Kinder vorangehen. 1. Teil: Thema des Abends; 2. Teil: Märchen mit bunten Lichtbildern, umrahmt von Rezitationen und Musikdarbietungen. Da der Vortragende Schriftsteller ist, wird es ihm nicht schwer fallen, außer dem belehrenden Teil auch im unterhaltenden Teil die Aufmerksamkeit der Kinder zu erwecken. Der Kindervortrag findet ebenfalls im Gasthof Leuben statt. Anfang 4.30 Uhr, Ende gegen 6 Uhr. Eintritt 20 Pf. Karten nur an der Kasse. Wir bitten alle Eltern und Kinderfreunde, den Kindern diese sicherlich genußreichen Stunden zu verschaffen.

VOM TAGE

Fabrikbrand. Freital. In der Nacht zum Dienstag brannte ein Fachwerkbau der Welta-Kamera-Werke mit dem gesamten Inhalt nieder. Es wird Brandstiftung vermutet. Während der Rettungsarbeiten der Feuerwehren versuchten Diebe wertvolle Gegenstände an sich zu bringen, wurden jedoch festgenommen.

Der Tod in den Ueberschwemmungsgebieten. Halle. Nach einer Meldung aus Saalfeld hat das Hochwasser der Saale und ihrer beiden Zuflüsse Loquitz und Schwarza drei Todesopfer gefordert. In Saalfeld ertrank ein zwanzigjähriger Eisendreher, in Unterloquitz ein vierzehnjähriger Schulknabe. In der Schwarza fand ein unbekannter junger Mann den Tod.

Eine Weichselfähre ins Meer abgetrieben. Danzig. Am Silvester-Vormittag wurde die Dampffähre über die Stromweichsel zwischen Schiewenhorst und Nickelswalde, auf der sich zwei Autobusse und ein zweispänniger Wagen mit zehn Passagieren befanden, bei starkem Weststurm durch Hochwasser und Eistreiben in das Meer abgetrieben. Dank der seemännischen Tüchtigkeit des Führers der Fähre gelang es, die Fähre direkt gegen den Wind bei Neufähr in die Mündung der Toten Weichsel zu führen und in der Werftanlage bei Plehnendorf die Personen ohne Havarie an Land zu bringen. Erst am nächsten Morgen konnte die Fähre, nachdem Wind und Eistreiben nachgelassen hatten, 228 Personen mit 24stündiger Verspätung übersetzen.

Schwerer Autobus-Unfall in Holland. Ein von Bergen op Zoom nach Tholen unterwegs befindlicher Autobus ist, nachdem er mit einer Fähre übergesetzt worden war, zufolge eines Motordefekts zurückgelaufen und ins Wasser geraten. Der Chauffeur konnte sich durch Abspringen rechtzeitig retten; sodann ist auch ein Passagier durch Einschlagen einer Fensterscheibe mit größter Mühe dem Tode entkommen. Die übrigen Insassen waren vier erwachsene Damen und drei Mädchen, von denen sechs bestimmt ums Leben gekommen sind. Ein Mädchen wird noch vermißt, es liegt aber kaum Zweifel darüber vor, daß dieses gleichfalls ertrunken ist.

Versammlungskalender

2. Fußballbezirk. Nach § 10 der Bundessatzung und § 3 der Bezirkssatzung berufen wir für den 14. Februar 1926, vormittags 9 Uhr, nach dem Dresdner Volkshaus den diesjährigen Bezirksvertretertag ein. Tagesordnung: 1. Wahl der Leitung. 2. Berichte: a) Vorsitzender, b) Kassierer, c) Revisoren, d) Schiedsgericht. 3. Anträge. 4. Satzungsänderungen. 5. Neuwahlen. 6. Allgemeines. Delegationsrecht nach den Bezirkssatzungen (auf 50 Mitglieder ein Delegierter. Bruchteile über 25 gelten als voll). Anträge sind bis 15. Januar an die Zentraladresse einzusenden. Sämtliche Delegierten haben sich für den ganzen Tag einzurichten. Wer die Tagung vor Schluß verläßt, hat Strafe zu gewärtigen. Die Bezirksleitung.

Jung-Spartakus-Bund Ostsachsen. Alle Gruppen haben sich an den Lenin-Liebknecht-Luxemburgfeiern der Partei u. Jugend aktiv zu beteiligen. Wo keine stattfinden, selbst einen Gruppentag dementsprechend auszugestalten und andere Kinder dazu einzuladen. Wir sind aus technischen Gründen nicht in der Lage, nähere Anweisungen bis dahin herauszugeben.

KJ. Ortsgruppe Meißen. Mittwoch, den 6. Januar, abends 7,30 Uhr in „Stadt Magdeburg" Versammlung. Tagesordnung: 1. Organisatorisches. 2. Wie verteidigt sich der Proletarier vor Staatsanwaltschaft und Gericht? 3. Verschiedenes. Liederbücher mitbringen. Kommunistisch gesinnte Gäste herzlich willkommen.

KJ. Johannstadt. Donnerstag den 7. Januar Gruppenabend Restaurant Lämmler, Stephanien-, Hopfgartenstraße. Unterhaltungsabend. Parteigenossen mit Kindern. Gäste willkommen.

RFB. Dresden. Alle Abteilungen von Dresden können sofort die Zeitung für die erste Hälfte Januar abholen.

Die freie Elternvereinigung für weltliche Schule an der 36. Volksschule veranstaltet am Dienstag den 5. Januar 1926 für ihre Kinder eine Weihnachtsfeier mit Aufführung im großen Saale des „Bürgergartens", Wernerstraße. Anfang 5 Uhr. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Pirna. Rote Hilfe. Die irrtümlich für Montag, den 4. Januar, einberufene Funktionärsitzung findet am Mittwoch, den 6. Januar, abends 7,30 Uhr im „Volkshaus" statt. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen erforderlich.

Voraussichtliche Witterung am 6. Januar (Mittwoch). Wolkiges Wetter mit etwas Sonnenschein, windig, mild, Regenfälle. **7. Januar (Donnerstag).** Abwechselnd heiter und wolkig, etwas kälter, etwas Niederschläge.

Rundfunk

Mittwoch, den 6. Januar 1926.

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,10—10,15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächs. Verkehrsvereins. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 4—5,30 Uhr: Nachmittagskonzert des Rundfunkorchesters. 6,45 bis 7 Uhr: Funkbastelstunde. 7—7,30 Uhr: 2. Vortrag des Sächs. Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums: Frl. Regierungsamtmann Hörig (Dresden): „Die Arbeit der Wohlfahrtspflegerinnen". 7,30—8 Uhr: 9. Vortrag: Prof. Dr. Witkowski (Univ. Leipzig): „Geschichte des deutschen Dramas und des Theaters." 8,15 Uhr: Volkslied und Kunstlied. Mitwirkende: Dr. Felix Gotthelf, Dresden (einführende Worte), Joachim v. Reiswitz, Dresden (Bariton). Am Rönisch-Flügel: Clemens Braun, Dresden. Anschließend (etwa 9,30 Uhr): Pressebericht, Sportfunkdienst und 10—11,30 Uhr: Funkbrettl.

Protestkundgebung der Freitaler Mieter

Der Reichsbund deutscher Mieter Bezirksverband Plauenscher Grund hatte für den 3. Januar gemeinsam mit den politischen Parteien der SPD. und KPD., dem ADGB. Bezirkskomitee Plauenscher Grund, dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden und -Witwen und dem Bund der Kinderreichen die Freitaler Mieter zu einer Protestversammlung aufgerufen gegen den drohenden Abbau des Mieterschutzes, die fortschreitende Mietpreissteigerung, gegen die Uebergriffe der Hausbesitzer und das wachsende Wohnungselend. In dieser Protestversammlung sprachen für den Reichsbund deutscher Mieter der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, **Lehrer Güttler**-Zwickau, für die Bezirkskommission der Gewerkschaften **Sekretär Liebelt**, für die KPD. **Landtagsabgeordneter Renner** und für die SPD. **Parteisekretär Rahmig**. Der Hauptreferent

Güttler-Zwickau

führte etwa folgendes aus: Die von der Organisation einberufene Protestversammlung sei eine Anklageversammlung **gegen die sächsische Landesregierung**, die bisher nichts getan habe, um den Mietern einen wirklichen Schutz angedeihen zu lassen. Der Reichsregierung sei der schwere Vorwurf zu machen, daß sie sich bisher noch nicht um die Erfüllung der Bestimmungen der Verfassung gekümmert hat, in denen jedem Deutschen die Wohnung als unverletzliche Freistätte garantiert wird. Die Versprechungen, wie sie in Artikel 155 der Verfassung niedergelegt sind, seien nicht erst entstanden, als die Nationalversammlung die Verfassung beschloß, sondern sie sei an den Fronten des Weltkrieges entstanden, als Hindenburg am 16. Dezember 1917 den Vertretern der Bodenreformer erklärt habe, daß die Krieger, die das Vaterland mit ihrem Blute verteidigen, nach ihrer Heimkehr nicht mit Wohnungselend empfangen werden dürften. Aber ebensowenig wie die Versprechungen Hindenburgs damals ernst zu nehmen gewesen sind, ebenso machtlos sei er heute, die in der Verfassung garantierten Rechte durchzusetzen. **Der Wille der Schwerindustrie herrscht uneingeschränkt.** Im Jahre 1915 sowohl als auch während der gesamten Kriegszeit seien keine Wohnungen gebaut worden. 1918 sei durch das famose Bauverbot und durch die Beschlagnahme der Baustoffe das Wohnungselend ins Unerträgliche gesteigert worden. Am Ende des Krieges fehlten etwa 8—900 000 Wohnungen in Deutschland. Die Summe von 1 Million fehlender Wohnungen dürfte in Deutschland gegenwärtig nicht als zu hoch bezeichnet werden können. Die Hausbesitzer-Organisationen versuchen an Hand statistischen Materials nachzuweisen, daß in Wirklichkeit ein Wohnungsüberschuß vorhanden sei, um ihre reaktionären Pläne durchzusetzen. Demgegenüber muß immer wieder auf das furchtbare Wohnungselend **insbesondere bei der Arbeiterschaft** hingewiesen werden. Hingewiesen muß ferner darauf werden, daß diese elende Wohnungslage außerordentlich stark die Leistungsfähigkeit und den Gesundheitszustand der Arbeiter beeinträchtigt. Das ist kein Wunder, wenn man betrachtet, daß in nicht wenigen Fällen in einer Kammer, deren Ausmaße in Arbeiterwohnungen 36 Kubikmeter nicht übersteigen, oftmals 6, 8 oder 9 Personen in 3 oder 4 Betten zusammenschlafen müssen. Die sächsische Regierung hat vor nicht allzu langer Zeit in einer Verordnung über den Strafvollzug bestimmt, daß für jeden Strafgefangenen mindestens 22 Kubikmeter Luftraum zur Verfügung gestellt werden müssen. Das gilt jedoch nur für den Strafgefangenen. **Die freien Arbeiter der demokratischen Republik werden schlechter behandelt als Zuchthäusler. Und dann kommen die Industriellen und schreien über die gesunkene Arbeitsfreudigkeit und Arbeitskraft der Arbeiter.** Wenn die Regierung erklärt, daß zum Wohnungsbau kein Geld vorhanden sei, so sei nur darauf hingewiesen, daß immer dann Geld vorhanden ist, wenn es gilt, **den Industriellen Millionen in den Rachen zu werfen.** Sie versucht, die Mittel zum Wohnungsbau aus den Mietern herauszupressen. Deswegen die fortgesetzten Bestrebungen auf Erhöhung der Mietzinssteuer, die vom Reichsverband deutscher Mieter grundsätzlich bekämpft werden. Die Mittel aus der Mietzinssteuer dürfen unter keinen Umständen zum allgemeinen Finanzbedarf Verwendung finden. Neuerdings plant nun die Regierung, den Mietpreis auf 100 Prozent der Friedensmiete zu steigern. Dagegen muß die Mieterschaft auf den Plan gerufen werden. Millionen deutscher Mieter werden von 750 000 Hausnabobs geknebelt. Dagegen muß sich die Mieterschaft zur Wehr setzen. Insbesondere muß allerschärfster Protest erhoben werden gegen die Maßnahmen der sächsischen Regierung, die durch ihren Vertreter im Reichsrat die **Zustimmung zur Lockerung des Mieterschutzgesetzes** gegeben hat. Die Arbeiterschaft muß gegen diese Maßnahmen der sächsischen Regierung mobilisiert werden. Vor allen Dingen gilt es abzuwehren die geplante Einführung des Rechtes auf freie Kündigung durch die Hausbesitzer. Jeder Mieter, der ein Quartal mit seiner Miete im Rückstand ist, soll in Zukunft auf die Straße gesetzt werden können. Der Redner hofft auf die Vernunft der Mehrheit des Reichstages, die hoffentlich ein solches Gesetz nicht beschließen werde. Auf jeden Fall aber müssen die Mieter aus dieser Lage ihre Konsequenzen ziehen und geschlossen zusammenstehen zur Wahrung ihrer Interessen im Reichsbund deutscher Mieter.

Arbeitersekretär **Liebelt** erklärte namens der Bezirkskommission, daß auch die Gewerkschaften ein lebhaftes Interesse daran haben, die geplante Mietpreissteigerung zu unterbinden, da dadurch eine weitere Senkung des Reallohns eintrete und der Kampf der Gewerkschaften um Hebung des Lohnniveaus erschwert würde. Wenn jedoch die Mieter der Reichsregierung Vorwürfe machen, so solle man auch daran denken, daß ja die Mieter im wesentlichen die Schuld daran tragen, daß ein derartig rechtsgerichteter Reichstag gewählt worden sei. Voraussetzung zu einem erfolgreichen Kampfe der Mieterschaft sei Zusammensetzung in politischen Parteien und der Hinauswurf der bürgerlichen Presse aus den Arbeiterwohnungen. Darauf nahm der

Landtagsabgeordnete Renner

als Vertreter der KPD. das Wort. Er begrüßte zunächst die gemeinsame Aktion und das Zusammengehen der politischen Parteien und der Mieterorganisation, um die breiten Massen der Arbeiter zu mobilisieren. Wenn man jedoch etwas erreichen wolle, um den Staatsapparat zu zwingen, die Arbeiter gegen die Wucherabsichten der Hausbesitzer in Schutz zu nehmen, dann müssen alle Kräfte zusammengerafft werden. Gewiß sei heute noch in tausenden von Fällen festzustellen, daß die Mieter nicht den Willen haben, der notwendig ist, um die geplante Verschlechterung der Lage der Mieter zu verhindern. Diese Passivität wird jedoch durch eine Massenmobilisation überwunden werden müssen. Die Regierung wird nicht bei einer 100prozentigen Miete stehen bleiben. Man wird versuchen, weitere hunderte Millionen aus den Mietern herauszupressen. Das zeigt auch das Vorgehen des sächsischen Arbeitsministers Elsner, der eine neue Belastung der Mieter vorbereitet, um die Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen aufzubringen. **Gegen diese Maßnahme des sozialdemokratischen Arbeitsministers in Sachsen muß die gesamte Mieterschaft einmütig Stellung nehmen.** Im Stadium der Wirtschaftskrise wird jedoch auch eine Erhöhung der Mieten keine Lösung bringen. Die Wohnungsnot wird nicht behoben. Man muß die Frage des Wohnungselends auch von einer anderen Seite betrachten. **Der Landesverband der sächsischen Mieter hat dazu Vorschläge gemacht, die den Vorschlägen der kommunistischen Reichstagsfraktion entsprechen.** Es darf auf keinen Fall zugelassen werden, daß bei dem Betrug, den man an den kleinen Sparern in der Frage der Aufwertung durchführt, der Haus- und Grundbesitz auf 100 Prozent aufgewertet wird. Der Haus- und Grundbesitz muß abgewertet werden auf 25 Prozent. Nach den Vorschlägen der kommunistischen Reichstagsfraktion soll auf den Rest eine Reichshypothek eingetragen werden. Die Erträgnisse aus dieser Verzinsung ergeben ungeheure Mittel, die zur Erstellung von Wohnungen bereitgestellt werden. Die Mehrheit des Reichstages hat die kommunistischen Vorschläge abgelehnt, weil sie den ersten Schritt auf dem Wege zur Enteignung des Privateigentums an Grund und Boden bedeutet hätten. Wenn der Referent auf die Vernunft des Reichstages gehofft hat, dann müssen sich jetzt schon die Mieter mit dem Worte Dantons abfinden: „Laßt alle Hoffnungen fahren!" Es hilft nur eine Organisierung des außerparlamentarischen Kampfes, wenn die Mieter nicht wieder eine neue Enttäuschung erleben wollen. Der Kampf gilt vor allen Dingen der sächsischen Regierung. Die Sozialdemokraten haben in derselben die Mehrheit. Sie müssen gezwungen werden, für die Interessen der Arbeiter einzutreten, aber das wird die sächsische Koalitionsregierung niemals tun. Dem Bündnis der 23 im Sächsischen Landtag mit dem Bürgertum und den Vertretern des Hausbesitzes muß ein Ende bereitet werden. Deshalb haben die Mieter sich einzusetzen für die **Auflösung des Sächsischen Landtags**. Der Kampf geht aber auch **um die Verstaatlichung und Sozialisierung der Baustoffindustrie**, zur Ausschaltung des privaten Bankkapitals. Schon jetzt hat sich gezeigt, daß der Regiebau in vielen Gemeinden viel billiger Wohnungen zu stellen in der Lage ist, als wie das durch die private Bauindustrie geschieht. Genosse Renner zeigte an einigen treffenden Beispielen, wie durch kommunale Bauweise in eigener Industrie Ersparnisse von 25 und mehr Prozent erzielt worden sind. Deshalb ist in allen Gemeinden und Stadtparlamenten der Kampf um den Regiebau aufzunehmen. **Der Kampf der Mieter gegen die geplante Verschlechterung des Mieterschutzes wird von der Kommunistischen Partei tatkräftig unterstützt.** Die Regierung, die immer erklärt, daß sie kein Geld für den Wohnungsbau bereitstellen kann, geht heute dazu über, den ausgerissenen Landesvätern Milliarden in den Rachen zu werfen. Allein diese Summe würde eine erhebliche Linderung der Wohnungsnot ermöglichen. **Die Gelder, die den Fürsten in den Rachen geworfen werden, müssen zum Wohnungsbau verwendet werden.** Die KPD. wird diesen Raubzug der Fürsten mit aller Entschiedenheit bekämpfen, sie wird die verfassungsmäßigen Mittel bis zur letzten Konsequenz ausnützen.

Der Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten wird verbunden werden müssen mit einem Volksentscheid gegen die Ausplünderung der Mieter und zur Herbeiführung eines wirklichen Gesetzes zum Schutze der Mieter.

Für diesen Volksentscheid muß die gesamte Mieterschaft eintreten. Bis in weite Kreise des Kleinbürgertums hinein hat diese Forderung Zustimmung gefunden. Neben diesen verfassungsmäßigen und parlamentarischen Mitteln ist jedoch nicht nur die Propaganda und die Aufklärung unter den Mietern, sondern die Aktivisierung der breiten Massen und der Zusammenschluß der Proletarier in einer einheitlichen proletarischen Front gegen die immer mehr drohende Verelendung das dringendste Gebot der Stunde. (Stürmischer Beifall.)

Der Parteisekretär **Rahmig** (SPD.) war durch die Ausführungen des Genossen Renner, der die Rolle der Sozialdemokraten, insbesondere das Verhalten der sächsischen Koalitionsregierung treffend kennzeichnete, in peinlicher Verlegenheit. Nicht ungeschickt versuchte er die Plattform der Diskussion zu verschieben. Die Arbeiterhausbesitzer erklärte er für genau so reaktionär als wie die bürgerlichen Hauspaschas, und versuchte, mit der Interesselosigkeit breiter Schichten der Arbeiter und dem Einfluß der bürgerlichen Presse im Lager der Arbeiter das feige Verhalten der SPD. zu entschuldigen. Auf die Ausführungen Renners wolle er nicht antworten. (Sehr bequeme Methode!) Er versuchte, der KPD. die Schuld an dem Zerschlagen der Arbeiterbewegung in die Schuhe zu schieben. Das Verhalten der 23 im Sächsischen Landtag und die Rolle der sächsischen Linken bezeichnete er als **eine Familienangelegenheit der SPD.** Bei diesen Ausführungen bemächtigte sich der Versammlung große Heiterkeit. Rahmig kam aus dem Konzept. Er vermochte nicht, die Schuld der SPD. zu verwischen. Rahmig, der sonst immer eine radikale Geste macht, zeigte keinen Ausweg. Zu der Forderung auf Volksentscheid erklärte er, daß er gern seine Hand dazu bieten würde, wenn nur einige Prozent Aussicht auf Erfolg garantiert wären. Damit zeigte er deutlich, daß die SPD. gar nicht den Willen hat, selbst die verfassungsmäßigen Möglichkeiten auszunützen und den Kampf der Mieter zu unterstützen. Der Theaterdonner Rahmigs konnte jedoch die überzeugenden Ausführungen des Genossen Renner nicht abschwächen.

Die Versammlung nahm nach einigen kurzen Worten des Genossen **Köhler**, des Vorsitzenden der Freitaler Mieterorganisation, nachstehende Entschließung einstimmig an:

„Die am 3. Januar 1926 im „Döhlener Hof" in Freital zum Protest versammelten Mieter von Freital und Umgegend fordern mit allem Nachdruck, mit allen an einem wirksamen Mieterschutz interessierten Körperschaften in Verbindung zu treten, damit auch auf dem Wege des außerparlamentarischen Kampfes einschließlich der Herbeiführung eines Volksentscheids die steigende Ausbeutung der Mieterschaft durch fortgesetzte Heraufsetzung der Mieten verhindert, das geplante Attentat auf den Mieterschutz vereitelt und die Behebung der Wohnungsnot gesichert werde. Der Gesetzentwurf, der dem Volksentscheid zu unterbreiten wäre, müßte folgenden Grundsätzen entsprechen:

1. Die Mieten in bebauten Grundstücken dürfen bis zum 31. Dezember 1940 80 Prozent der Friedensmiete nicht übersteigen.
2. Vom Mietertrag der bebauten Grundstücke müssen mindestens 20 Prozent unter Kontrolle der Mietervertretungen, gemäß § 17 des RMG., für die ordnungsmäßige Instandhaltung der Grundstücke Verwendung finden.
3. Der Eigenkapitalsanteil der Grundstücksbesitzer ist genau wie die auf den Grundstücken ruhenden Hypothekenlasten gemäß dem Aufwertungsgesetz 25 Prozent seines Goldmarkwertes herabzusetzen.
4. Auf jedes bebaute Grundstück von über 10 000 Goldmark Friedenswert ist eine Reichshypothek einzutragen in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Zeitwert des Grundstückes und des gleichmäßig auf 25 Prozent abgewerteten Eigen- und Hypothekenkapitals.
5. Sowohl das abgewertete Eigenkapital des Grundstücksbesitzers, wie die abgewerteten Hypotheken und die neu einzutragende Reichshypothek sind sofort mit 5 Prozent zu verzinsen.
6. Der Zinsertrag der Reichshypothek muß verwendet werden: a) zu einem Viertel zur Sicherstellung auskömmlicher und einklagbarer Unterhaltsrenten an diejenigen Inflationsopfer, die selbst nicht über ausreichende Unterhaltsmittel verfügen und entweder über 50 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind oder sich noch in Berufsausbildung befinden (Mündel), bis zu ihrem Lebensende bezüglich bis zur Behebung ihrer Erwerbsunfähigkeit oder bis zur Beendigung ihrer Berufsausbildung. b) zu Dreiviertel zur Förderung des Wohnungsbaues durch Reich, Länder und Gemeinden und solchen gemeinnützigen Baugesellschaften, deren Satzung oder Verfassung jede persönliche Bereicherung ihrer Mitglieder aus ihrer Gesellschaftstätigkeit ausschließt.
7. Zur Erreichung einer raschen Wiederinstandsetzung der vielfach stark vernachlässigten Altwohnungen sollen auf Antrag des Grundstücksbesitzers, oder wenn dieser sich weigert, auf Antrag der gesetzlichen Mietervertretung aus den Mitteln unter Ziffer 6b billige Instandsetzungsdarlehen auf drei bis fünf Jahre gewährt werden, deren Verzinsung und Tilgung aus den unter Ziffer 2 erwähnten 20 Prozent Mietsanteile für Instandsetzungszwecke zu erfolgen hat.

Der eiserne Strom

Roman aus der russischen Revolution 1917.

Von A. Serafimowitsch

Gärten, Straßen, Katen und Hecken des Kosakendorfes sind in unübersehbare, erstickend heiße Staubwolken gehüllt und nur die Gipfel der Pappelpyramiden ragen spitz daraus hervor.

Von allen Seiten ertönt vielstimmiges Schreien, Gewieher, Hundegebell, Pferdewiehern, Eisenklirren, Kinderweinen, wüchtiges Fluchen, Weiberrufen, heisere Zechlieder, von trunkenen Lauten einer Ziehharmonika begleitet. Es ist, als habe ein ungeheurer Bienenschwarm seine Königin verloren und schwirre nun bestürzt, verwirrt, mit aufgeregtem kranken Summen durcheinander.

Dieser schrankenlose glühende Wirbel erfaßt auch die Steppe bis zu den Windmühlen auf dem Hügel, — auch dort herrscht ein unaufhörliches tausendstimmiges Branden.

Aber gegen den schäumenden, brausenden kalten Bergfluß, der hinter dem Dorfe ungestüm dahinströmt, kommen die stickigen Staubwolken nicht auf. Fern hinter dem Fluß versperren blauende Bergmassen den halben Himmel.

Rostrote Steppenräuber, die Habichte, schweben erstaunt in der glitzernden heißen Luft, lauschend wenden sie ihre krummen Schnäbel nach allen Seiten und können nicht klug werden — so etwas hat es hier noch nie gegeben.

Sollte es ein Jahrmarkt sein? Warum sieht man nirgends Zelte, Händler und aufgetürmte Waren?

Oder ist es etwa ein Lager von Auswanderern? Was sollen dann aber die Geschütze hier, die Munitionswagen, die vielen Karren und Gewehre?

Es scheint eine Armee zu sein. Aber warum hört man überall Kinder weinen? Warum hängen trocknende Windeln an den Gewehren, warum baumeln Korbwiegen an den Läufen der Geschütze, woher kommen diese vielen Mütter, die ihre Säuglinge stillen, und die Kühe, die Seite an Seite mit den Artilleriepferden ihr Heu kauen. Und die vielen Weiber und Mädchen, die ihre Kochkessel mit Hirse und Speck über rauchenden Feuern aus getrocknetem Kuhmist hängen?

Alles ist verworren, staubig, ungeordnet, in Schreien, Lärmen und unglaubliches Durcheinander verstrickt.

Im Dorfe gibt es nur Kosakenfrauen, alte Weiber und Kinder. Die Frauen gucken aus den kleinen Fenstern ihrer Katen auf das Sodom und Gomorrha hinaus, das sich über die in Staubwolken gehüllten Straßen und Gassen ergießt.

„Hängt euch auf, alle miteinander!"

2.

Aus Kuhgebrüll, durchdringenden Hahnenschreien und Menschenstimmen tauchen bald verwitterte, heisere, bald kräftig klingende Steppenstimmen auf:

„Genossen, zum Meeting!"

„Zur Versammlung . . ."

„Heda, los, Jungens!"

„Allgemeine Versammlung!"

„Nach den Windmühlen!"

Zugleich mit der langsam sinkenden Sonne fällt auch der heiße Staub nieder, und die Pappelpyramiden werden in ihrer ganzen riesigen Höhe sichtbar.

Soweit das Auge reicht, weiten sich Gärten, weiße Katen, und in allen Straßen und Gassen wimmelt es von Wagen, Karren, Pferden, Kühen, — in allen Gärten und hinter den Gärten bis zu den Windmühlen auf dem Hügel, die ihre langen Fangarme nach allen Seiten spreizen.

Um sie herum aber ergießt sich das Menschenmeer unter stetig wachsendem Tosen, immer weiter und breiter wird es, bedeckt mit zahllosen Flecken der bronzefarbenen Gesichter. Grauhaarige Greise, Weiber mit abgehärmten Gesichtern, Mädchen mit lustigen Augen; kleine Kinder schießen zwischen den Beinen der Erwachsenen hin und her; hastig atmende Hunde mit lang heraushängenden zuckenden Zungen, — alles das verliert sich in der alles überschwemmenden Masse der Soldaten. Zottig kriegerische Fellmützen, abgegriffene Schirmmützen, Gebirgshüte aus Filz mit hängenden Rändern. Da sieht man zerfetztes Feldgrau, verschossene Kattunhemden, Tscherkessenmäntel; manche sind nackt bis zum Gürtel, auf ihren muskulösen bronzenen Oberkörpern schlingen sich kreuzweise die Patronenstreifen der Maschinengewehre. Ungeordnet, wie es gerade kommt, ragen über den Köpfen die dunkel gestählten Bajonette nach allen Richtungen. Die altersgeschwärzten Windmühlen sehen staunend zu: so etwas haben sie in ihrem ganzen Leben noch nicht gesehen!

Auf dem Hügel vor den Windmühlen versammelten sich die Bataillonskommandeure, Kompagnieführer, Stabchefs. Wer sind denn eigentlich diese Kompagnieführer, diese Bataillonskommandeure, diese Stabchefs? Es sind Soldaten der alten zaristischen Armee darunter, die es im großen Kriege bis zum Offizier gebracht hatten, es sind Friseure, Böttcher, Schreiner, Matrosen, Fischersleute aus Kosakendörfern und Städten. Jeder ist Befehlshaber eines kleinen roten Trupps, den er in seiner Straße, in seinem Dorf oder in seiner Siedelung organisiert hat. Aber es gibt auch Offiziere der alten Armee darunter, die sich der Revolution angeschlossen haben.

Der Regimentskommandeur Worobjow, baumlang, mit einem riesigen Schnauzbart, bestieg den unter seiner Last knarrenden Drehbalken der Mühle, und seine Stimme dröhnte in die Menge hinein:

„Genossen!"

Wie ist sie winzig, diese Stimme über diesem Meer von Tausenden und aber Tausenden erzenen Gesichtern, die ihre zahllosen Augenpaare auf ihn richten. Um ihn herum drängt sich der ganze übrige Kommandobestand.

(Fortsetzung folgt)

SLUB
Wir führen Wissen.

Der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands

Das Referat des Genossen Stalin

In seinem fünfeinhalbstündigen politischen Referat sprach Genosse Stalin im Namen des Zentralkomitees der KPR.

Die internationale Lage

Zunächst über die internationale Lage folgendes: Das entscheidende Moment in der internationalen Lage der Sowjetunion ist die Herstellung eines gewissen **provisorischen Kräftegleichgewichts** zwischen unserem Land des sozialistischen Aufbaues und den kapitalistischen Ländern. Die kapitalistische Welt ist **nicht mehr stark genug**, um das Sowjetland niederzudrücken, deshalb die Periode des sozusagen friedlichen Zusammenlebens der Sowjetunion mit der bürgerlichen Welt. Dies ist auf die innere **Schwäche des Kapitalismus**, auf das **Wachstum der revolutionären Arbeiterbewegung im allgemeinen** und auf das Erstarken der **Sowjetrepubliken** insbesondere zurückzuführen.

Widersprüche des Weltkapitalismus

Die Schwäche der kapitalistischen **Welt** entspringt aus fünf für den Kapitalismus unüberwindbaren Widersprüchen: 1. Aus dem Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern; 2. Aus dem Widerspruch zwischen dem Imperialismus und der Befreiungsbewegung der Kolonien und der abhängigen Länder; 3. Aus dem Widerspruch der Siegerstaaten und der besiegten Staaten; 4. Aus dem Widerspruch zwischen den Siegerstaaten untereinander; 5. Aus dem Widerspruch zwischen unserem Sowjetland und den kapitalistischen Ländern.

Was die **ersten Widersprüche** betrifft, so befindet sich der Kapitalismus in einem Zustand, den wir eine partielle, eine provisorische Stabilisierung nennen, das heißt in einem Zustand der teilweisen Ueberwindung des Produktions- und Finanzchaos im Vergleich zur Nachkriegskrisis und in einem Zustand der verhältnismäßigen Erstarkung der politischen Macht der Bourgeoisie.

Dies zeigt uns das statistische Material über die Produktion der kapitalistischen Länder, die sich im Bereiche des Vorkriegsniveaus bewegt oder letzteres erreicht. Die meisten Staaten haben ihre Budgets auf verschiedene Weise balanciert, aber mit Hilfe der furchtbarsten Erschwerung der Steuerlast der werktätigen Bevölkerung. Nach der Periode der Flut der revolutionären Wellen zur Zeit der Nachkriegskrise herrscht gegenwärtig in Europa eine Ebbe. Die Frage der Machteroberung ist keine Tagesfrage in Europa, gegenwärtig machen wir dort eine Periode der Sammlung der proletarischen Kräfte durch, die vielbedeutend ist: hinsichtlich der Schaffung **neuer Formen der proletarischen Bewegung**, nicht zuletzt im Sinne des Vorhandenseins und des Wachstums der Massenbewegung unter der Flagge des **Kampfes um die Gewerkschaftseinheit**, der eine **tiefrevolutionäre** Bedeutung besitzt, nicht zuletzt im Sinne der Herstellung einer festen **Verbindung der Arbeiterbewegung des Westens mit der Arbeiterbewegung der Sowjetunion**, beispielsweise im Sinne der Linksschwenkung der englischen Arbeiterbewegung, des Zerfalls Amsterdams usw. Wir erleben eine **Akkumulation der proletarischen Kräfte**, die eine riesige Bedeutung für die künftigen revolutionären Aktionen hat. Wir erleben eine Periode, wo die Eroberung der proletarischen Massenorganisationen, z. B. der Gewerkschaften, die Losung der kommunistischen Bewegung ist.

Es ist die **Verschiebung der Finanzmacht der kapitalistischen Welt aus Europa nach Amerika**, das das einzige Land von bedeutender Kapitalausfuhr geworden ist, zu betonen. Die provisorische Stabilisierung des europäischen Kapitalismus hat sich hauptsächlich mit Hilfe des amerikanischen Kapitals, auf Kosten der finanziellen Unterjochung Europas durch Amerika, vollzogen. Europa sucht einen Ausweg in der Erhöhung der Steuerlast, in der Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Zahlung der Schulden und Prozente wird in den meisten Ländern die Steuerlast steigen, die materielle Lage der europäischen Arbeiterschaft sich verschlechtern, die Arbeiterklasse sich revolutionieren. Die diesbezüglichen Symptome sind bereits in England und in anderen europäischen Ländern vorhanden.

Auch in dem Falle, daß das Wirtschaftsniveau Europas den Vorkriegsstand erreichen sollte, was nicht ausgeschlossen ist, wird der Kapitalismus nie mehr die Vorkriegsstabilität erreichen, da Europa eine provisorische Stabilisierung mit der finanziellen Unterjochung durch Amerika, also mit dem Steigen der Steuerlast in den europäischen Ländern, erkauft hat. Die Zahl der wichtigsten Ausbeuterstaaten hat sich bis auf ein Minimum verringert, sie beschränkt sich nunmehr auf Nordamerika und teilweise auf seinen Helfershelfer England. Die europäischen Länder sind noch nicht Kolonien geworden, sie setzen die Ausbeutung der eigenen Kolonien fort, aber **sie sind in die allergrößte finanzielle Abhängigkeit von Amerika geraten.** Darin besteht eine der Hauptursachen der Labilität der gegenwärtigen Stabilisierung des europäischen Kapitalismus.

Was die **zweite Kategorie** der Widersprüche des Kapitalismus betrifft, so ist diesbezüglich ausschlaggebend die Entwicklung der Industrie und des Proletariats in den Kolonialländern, insbesondere in der Nachkriegszeit, das Wachstum der nationalrevolutionären Bewegung, die allgemeine Krise der Weltherrschaft des Kapitalismus. Die Großmächte stehen vor der Gefahr des Verlustes des Kolonialhinterlandes. In **Marokko, Syrien** und **China** nimmt die revolutionäre Bewegung Formen des direkten antiimperialistischen Krieges an und gefährdet die kapitalistische Stabilisierung. Die bürgerliche Presse schmeichelt den Bolschewiki, wenn sie uns für den Urheber der Kolonialkriege erklärt. Leider sind wir nicht stark genug, um allen Kolonialländern in ihrem Emanzipierungskampf unmittelbar zu helfen. Die wahre Ursache dieser Krise liegt darin, daß die an Amerika verschuldeten europäischen Länder die Kolonialausbeutung verschärfen, was in den Kolonien und in den abhängigen Ländern die Krisen und die revolutionäre Bewegung unvermeidlich verschärft.

Wohl hat sich der europäische Kapitalismus hinsichtlich der ersten Kategorie der Widersprüche teilweise stabilisiert und die Machteroberung durch das Proletariat ist dort keine Frage von heute, aber in den Kolonien hat die Krise ihren Kulminationspunkt erreicht und die Verdrängung des Imperialismus aus mehreren Kolonien ist dort eine Tagesfrage.

Die Widersprüche **zwischen den Siegerstaaten und den besiegten Staaten** kommen in der neuen Methode der Ausbeutung der besiegten Staaten, in dem Dawes-System zum Ausdruck, dessen Folgen sich in der Verschlechterung der Wirtschaftslage Deutschlands, in der Pleite von Konzernen, im Steigen der Arbeitslosigkeit usw. auswirken. Der Dawesplan bedeutet für das deutsche Volk einen **doppelten Druck:** den Druck der deutschen Bourgeoisie auf das deutsche Proletariat und den Druck des Auslandskapitals auf das gesamte deutsche Volk. Die diesbezüglichen weiteren Auswirkungen des Dawesplanes werden unvermeidlich zu einer revolutionären Explosion in Deutschland führen. Amerika will die deutsche Zahlungsfähigkeit durch die Ausbeutung der Rußlandmärkte seitens Deutschlands sichern, doch hat man dabei **die Sowjetunion, die sich keinesfalls in ein Agrarland — nicht einmal um Deutschlands willen — verwandeln, sondern im Gegenteil zu einem Industrieland werden will,** nicht befragt. Der Dawesplan steht auf tönernen Füßen.

Locarno ist die Fortsetzung von Versailles, Locarno bedeutet lediglich die Beibehaltung des status quo ante, die Beibehaltung der bestehenden Grenzen Deutschlands zugunsten Polens und Frankreichs. Glauben, daß das erstarkende Deutschland sich damit abfinden wird, hieße an Wunder glauben. Ebenso wie die Lösung der elsaß-lothringischen Frage nach dem französisch-preußischen Krieg zu einer der Hauptursachen des imperialistischen Krieges wurde, so wird auch Versailles und seine Locarno-Fortsetzung, worin der Verlust Oberschlesiens und des Danziger Korridors durch Deutschland, der Verlust des ukrainischen Galiziens und Westwolhyniens durch Weißrußland, der Verlust Wilnas durch Litauen usw. sanktioniert wird, also worin neue Knoten von Widersprüchen geschaffen werden, **das Schicksal des französisch-preußischen Vertrages teilen.** Wie der Dawesplan die Revolution in Deutschland in sich birgt, ebenso birgt Locarno den **neuen europäischen Krieg** in sich.

Es läßt sich an historischen Beispielen die These beweisen, daß die Friedensverträge, die nach den europäischen Kriegen geschlossen wurden, stets die Elemente künftiger Kriege in sich trugen und stets mit pazifistischem Brimborium umgeben wurden. **Beispielsweise** strebten Bismarck und Frankreich **nach** 1871 die Erhaltung des Status quo an, doch gleichzeitig mit den pazifistischen Lobgesängen für Bismarck schlossen Deutschland und Oesterreich 1879 einen recht friedlich ausschauenden Vertrag ab, der aber gegen Frankreich und Rußland gerichtet war und den Keim und die Vorbereitung des imperialistischen Krieges von 1914 bedeutete, wie dies jetzt alle anerkennen. Auch Frankreich und Rußland schlossen ein friedliches Abkommen 1893 ab, dessen Geheimbeilage Ziffern der zu stellenden Armee enthielt. Die weitere Heranreifung der Gegensätze wurde ebenfalls mit allerlei pazifistischen Demonstrationen, wie die Haager Konferenz 1899, verhüllt. Auch heute ist Locarno eine Kräfteaufstellung nicht für den Frieden, sondern **für den Krieg**, und können die Liebeserklärungen Briands, Chamberlains und Stresemanns nicht irreführen.

Die **2. Internationale**, die am meisten für Locarno als Friedenswerkzeug und für den Völkerbund als Friedensarche unter der Arbeiterschaft Reklame macht und die Bolschewiki als Friedensstörer hinzustellen versucht, beweist damit, daß die 2. Internationale eine Organisation nicht nur der bürgerlichen Korrumpierung der Arbeiterklasse, sondern auch eine Organisation der moralischen Rechtfertigung aller Ungerechtigkeiten des Versailler Friedens und eine **Hilfsorganisation der Entente** darstellt.

Was die **vierte** Kategorie der kapitalistischen Widersprüche, nämlich die **Widersprüche zwischen den Siegerstaaten**, betrifft, so ist es wichtig, daß trotz eines gewissen Zusammengehens Amerikas und Englands auf Grundlage des Abkommens gegen die Annullierung der interalliierten Schulden, der **anglo-amerikanische Interessenkampf** nicht schwächer, sondern stärker wird, nicht zuletzt im Weltkampfe um das Naphtha, diesen Hauptnerv der ökonomischen und militärischen Tätigkeit der Weltmächte, wo Amerika stets auf den englischen Widerstand stößt. Der bald verhüllte, bald offene Todeskampf zwischen den englischen und amerikanischen Naphthagesellschaften spielt sich überall ab: in Südamerika, Persien, Rumänien, Galizien usw. Ferner geht ein halbverhüllter Kampf zwischen England und Amerika in China vor sich, wo Amerika, das eine elastischere Politik als die brutale koloniale englische Diplomatie anwendet, es oft versteht, England zu benachteiligen.

Die englisch-französischen Gegensätze beschränken sich nicht auf den Kontinent, sondern erstrecken sich auch auf die **Kolonien**, was die Pressebehauptungen bezüglich einer englischen Unterstützung der antifranzösischen Aktionen in Marokko und Syrien eindeutig bestätigen. Die **japanisch-amerikanischen** Gegensätze am Stillen Ozean und in China sind allgemein bekannt. Schließlich ist die unaufhaltsame **Weiterrüstung** der Siegerstaaten vielbedeutend, denn nunmehr ist der Hinweis ihrerseits auf die deutsche Gefahr nicht mehr stichhaltig, also gilt sie der Rüstung der Alliierten. Das sieht angeblich die 2. Internationale, die ebenso wie der Völkerbund für die Abrüstung nichts tut, nicht. **Die 2. Internationale und die übrigen pazifistischen Schwätzer haben die wiederholten Bestrebungen der Bolschewiki nach allgemeiner Abrüstung bereits seit Genua in keiner Weise unterstützt.** Der gegenwärtige Friede unter den Siegerstaaten ist kein freundschaftlicher, sondern ein ausgesprochen **bewaffneter „Frieden"**, wie er vor 1914 bestand. Dies bedeutet, daß die Stabilisierung, die Europa um einen Verknechtungspreis erkaufte, nicht dauerhaft ist, denn, abgesehen von den sich verschärfenden Gegensätzen zwischen den Siegern und Besiegten, reifen immer schneller die Widersprüche zwischen den Siegerstaaten heran.

Die Sowjetunion und die kapitalistische Welt

Die fünfte Kategorie der Widersprüche sind die **Widersprüche zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt.** Grundlegend auf diesem Gebiete ist, daß kein weltumfassender Kapitalismus mehr existiert. Die **Welt** hat sich in zwei Lager gespalten: in das Lager des **Imperialismus** und in das Lager des **Antiimperialismus.** Die Hegemonie im Lager des Kapitalismus haben zwei Länder: **England und Amerika.** Die Hegemonie im Lager des Antiimperialismus hat die **Sowjetunion.** Es haben sich zwei **grundlegende** und entgegengesetzte Anziehungszentren herausgebildet: England und Amerika für die bürgerlichen Regierungen, die Sowjetunion für die Proletarier des Westens und die Revolutionäre des Ostens.

Im Lager des Kapitalismus besteht, infolge des Interessenkampfes zwischen den Siegern um die Kolonien usw. keine Einheit. Die Stabilisierung dieses Lagers ist unsicher. Unser Land hat eine feste und gesunde Stabilisierung, das **Wachstum des sozialistischen Aufbaues.** Um die Sowjetunion sammeln sich alle Revolutionäre des Westens und des Ostens. Eine besondere Aufmerksamkeit verdienen die Pilgerfahrten aller revolutionären und sozialistischen Elemente der ganzen Welt in unser Land. Was ist der Sinn dieser **Arbeiterdelegationen?** Alle unsere Kommissariate haben ihnen Rechenschaft abgelegt. Dies bedeutet: **die Arbeiterklasse Europas betrachtet unseren Staat als ihr Kind.** Wir sind verantwortlich vor ihr für unser Werk. Das bedeutet: **Das revolutionäre Proletariat Europas wird uns gegen alle Interventionen verteidigen.** Wir haben das Vertrauen der Arbeiterklasse erobert. Dies ist die Grundlage der Beziehungen zwischen dem Sowjetstaat und dem Weltproletariat.

Daraus folgt: **die Schwäche des Kapitalismus wird ständig wachsen.** Ohne Arbeiter kann er keinen Krieg gegen uns führen. Wir werden alles tun für die Stärkung des Kontaktes unserer Arbeiterklasse und der Arbeiterklasse des Westens durch die Arbeiterdelegationen.

Was folgt aus den aufgezählten Widersprüchen des Kapitalismus? **Der Weltkapitalismus wird immer mehr durch die inneren Gegensätze zerfressen, dagegen befestigt sich die Welt des Sozialismus immer mehr.** Auf dieser Grundlage entsteht ein provisorisches Kräftegleichgewicht. Daraus entsprang die Aera des friedlichen Zusammenlebens zwischen dem Sowjetstaat und den kapitalistischen Staaten. **Zwei Tatsachen** kennzeichnen diese Aera: erstens, Amerika **will keinen Krieg in Europa**, es verlangt eine friedliche Arbeit und die Bezahlung der investierten Kapitalien. Die zweite Tatsache ist das Herausfallen eines Landes mit ungeheuren Absatzmärkten und Rohstoffquellen aus dem System des Kapitalismus. Dadurch wurde für das kapitalistische Europa eine Produktionskonzentration notwendig, daher kommt die grundlegende Erschütterung seiner Wirtschaft infolge des Sieges der Oktoberrevolution. Das Kräftegleichgewicht zwischen dem Lager des Sozialismus und dem Lager des Kapitalismus ermöglicht uns eine gewisse Zusammenarbeit mit der kapitalistischen Welt.

Einige Worte über **die Reihe der Anerkennungen Sowjetrußlands durch die kapitalistischen Mächte und die Vergrößerung des sowjetrussischen Außenhandels.** Das laufende Jahr wird im großen Maßstab eine Erweiterung der Handelsbeziehungen bringen. Damit **hängt die Frage der Schuldenzahlung** zusammen. Unsere Schulden wurden berechnet: Vorkriegsschuld an Europa 6 Milliarden, Kriegsschulden 7 Milliarden, insgesamt 13 Milliarden. Infolge des Valutazerfalles und bei Abrechnung der Schulden der Grenzländer beträgt unsere Schuld an Westeuropa ungefähr 7 Milliarden. Aber **unsere Gegenforderungen infolge der Intervention betragen 50 Milliarden.** Das wollen die kapitalistischen Länder nicht anerkennen. Daraus entsteht die große Hemmung der Verhandlungen.

Die Stellung des ZK. in dieser Frage ist die gleiche geblieben wie bei dem Vertragsabschluß mit Macdonald. Wir können das Gesetz von 1917 über **die Annullierung der Zarenschulden** nicht aufheben. Wir können die Gesetze über **die Expropriation der Expropriateure** nicht aufheben. Wir stehen und werden auf der Grundlage dieser Gesetze stehen. Wir können ausnahmsweise in punkto Zarenschulden an England und Frankreich etwas zahlen, **um etwas zu erhalten.** Privatgläubiger können wir durch Konzessionen befriedigen, wenn die Bedingungen annehmbar sind. Auf dieser Grundlage haben wir mit Macdonald die Uebereinkunft erzielt. Die Voraussetzung war die **faktische Annullierung** der Kriegsschulden. Man sagt, der Vertrag mit Macdonald wurde durch die Einmischung Amerikas annulliert, weil Amerika keinen Präzedenzfall für die Annullierung der Kriegsschulden will. Wir stehen weiter auf der Grundlage der Verhandlung mit Macdonald.

Zwei Fragen in unserer Außenpolitik sind besonders aktuell: 1. **Die Frage der Propaganda;** 2. **Die Frage der Kommunistischen Internationale.** Die englischen Konservativen beschuldigen die russischen Kommunisten, sie wollen das englische Weltreich sprengen. Ich erkläre: Wir brauchen keine spezielle Propaganda im Westen und im Osten. Die Arbeiterdelegationen berichten über unser Leben und unsere Arbeit in allen Ländern des Westens. Das ist das stärkste Propagandamittel. Die Völker des Ostens wissen, daß unsere Staatsordnung auf dem brüderlichen Zusammenleben aller Nationen begründet ist. Jeder Chinese, Aegypter und Inder weiß, daß wir das einzige Land sind, das bereit ist, seiner unterdrückten Nation zu helfen. Wir brauchen keine andere Agitation und Propaganda im Osten. **Nur eine Kraft kann und wird das englische Weltreich zerstören. Das sind die englischen Konservativen und ihre Politik der Gewalt in Aegypten, Indien und China.** Die englischen Lords sind für eine andere Politik unfähig. Das ist ihr Untergang.

Einige Worte über die **Komintern:** Wer die kommunistischen Parteien des individuellen Terrors beschuldigt, ist entweder ein Ignorant oder ein bezahlter Verleumder. Die Theorie und Praxis der Komintern besteht in der **Organisierung der revolutionären Massenbewegung gegen den Kapitalismus.** Sie hat den individuellen Terror abgelehnt und wird ihn stets ablehnen.

Zur **Frage des Fernen Ostens:** Die Kräfte der revolutionären Bewegung **Chinas** sind ungeheuer. China steht vor der Aufgabe der Vereinigung in einen Nationalstaat wie ehemals Nordamerika, Italien und Deutschland. Wir sind für die Befreiung **Chinas** von den Imperialisten. Auch Japan muß mit der wachsenden Kraft der nationalen Bewegung Chinas rechnen.

Ich gehe jetzt auf die **Fragen unserer Partei im Zusammenhang mit der Weltlage** über. Die Aufgaben der Partei liegen auf zwei Gebieten: 1. Auf dem Gebiet **der internationalen revolutionären Bewegung;** 2. Auf dem Gebiet **der Außenpolitik der Sowjetunion.** Auf dem ersten Gebiete muß für die Festigung der Kommunistischen Partei im Westen, für die **Eroberung der Mehrheit der Arbeitermassen** gearbeitet werden. Auf der gleichen Linie liegt die Verstärkung des Kampfes der Proletarier des Westens für die Gewerkschaftseinheit. Sodann muß ein fester Kontakt zwischen dem Proletariat der Sowjetunion und der Freiheitsbewegung der unterdrückten Länder geschaffen werden. Eine besondere Aufmerksamkeit verdienen der Ausbau und die Festigung der sozialistischen Elemente des Sowjetstaates, weil unsere Aufbauarbeit eine internationale Bedeutung hat. Unser Land ist die **Basis der Weltrevolution.**

Die Aufgaben der Partei auf dem Gebiete der Außenpolitik der Sowjetunion sind: Kampf gegen neue Kriege, Kampf für die Erhaltung des Friedens und die Sicherung der sogenannten normalen Beziehungen mit den kapitalistischen Ländern. **Die Grundlage unserer Politik ist: die Idee des Friedens. Daher treten wir nicht in den Völkerbund ein.** Weiter ist unsere Aufgabe die Erweiterung der Handelsbeziehungen auf Grundlage der Stärkung des Außenhandelsmonopols. Drittens müssen wir eine verstärkte Annäherung an alle im Weltkrieg besiegten Länder suchen. Viertens müssen wir den Kontakt mit den Kolonialländern und den abhängigen Ländern verstärken. Das sind die vor der Partei stehenden Aufgaben betreffs der internationalen Beziehungen und der internationalen Arbeiterbewegung.

Die innere Lage der Sowjetunion

Nun zur **inneren Lage der Sowjetunion!** Folgendes sind die Momente, die den Wirtschaftsaufbau bestimmen: **Die kapitalistische Umgebung**, die bedeutet, daß der Aufbau in Widersprüchen vor sich geht, in Zusammenstößen zwischen unserer und der kapitalistischen Wirtschaft nicht nur nach außen, sondern auch in Widersprüchen der sozialistischen und kapitalistischen Elemente in der Sowjetwirtschaft. Daraus folgt, daß die Wirtschaft derart gebaut werden soll, daß sie nicht eine Hilfsunternehmung des Weltkapitalismus, sondern **eine selbständige wirtschaftliche Einheit** bildet.

Es gibt **zwei Grundtendenzen.** Die erste meint, daß unser Land noch lange ein Agrarland bleiben, Agrarprodukte ausführen, Industrieprodukte einführen müsse. Diese Tendenz fordert die Einschränkung der Industrie. Redner **verwirft** diese Tendenz. Die zweite Tendenz besagt, wir müßten alle Kräfte anwenden, um das Land wirtschaftlich selbständig zu machen und auf die Innenmacht zu basieren. Diese Tendenz fordert die maximale Entfaltung der Industrie, jedoch den vorhandenen Mitteln entsprechend.

Wenn die Revolution in Deutschland oder Frankreich siegt, können wir von der Politik der Verwandlung der Sowjetunion in eine selbständige Wirtschaftseinheit zur Politik der **Einfügung des Landes in die allgemeine sozialistische Entwicklung** übergehen. Bis dahin muß das Land vor der wirtschaftlichen Unterwerfung seitens des Weltkapitalismus bewahrt bleiben.

Das zweite Moment des Wirtschaftsaufbaues ist: In den kapitalistischen Ländern werden die Fehler, die einzelne Trusts, Syndikate usw. begehen, von dem Markt durch Krisen korrigiert. Bei uns dagegen endet jeder begangene ernste Fehler nicht mit einzelnen Krisen, sondern schadet der Gesamtwirtschaft. Deshalb benötigen wir beim Aufbau besondere Vorsicht. Der Aufbau muß planmäßig vor sich gehen. Wir müssen mit Reserven arbeiten. Die vielen Zufälligkeiten, die Abhängigkeit von Naturkräften auf dem Innenmarkt, die Abhängigkeit des Außenhandels vom Verhalten der westeuropäischen Kapitalisten usw. fordern die **Anhäufung von Reserven**, die alle Lücken ausfüllen sollen.

Fünf Wirtschaftsgruppen sind in der [illegible] gegeben, und zwar: 1. Fast Naturalwirtschaft, 2. [illegible]wirtschaft mit Warenproduktion, 3. Privatkapitalismus, 4. Staatskapitalismus und 5. sozialistische Industrie. Im Zusammenhang damit muß die Diskussion über **Staatskapitalismus und Staatsindustrie** behandelt werden. Die Staatsindustrie kann nicht staatskapitalistisch genannt werden, da der Staatskapitalismus eine Organisation der Produktion ist, in der **zwei Klassen** vertreten sind, und zwar: die ausgebeutete Klasse, die keine Produktionsmittel besitzt, und die Ausbeuterklasse, die **Produktionsmittel** besitzt. Jeder Staatskapitalismus ist seinem Wesen nach kapitalistisch. Als **Lenin** den Staatskapitalismus analysierte, dachte er [illegible]

allem an **Konzessionen.** Bei den Konzessionen sind vertreten: Die Kapitalistenklasse, die ausbeutet und praktisch die Produktionsmittel besitzt, und die Proletarierklasse, die von den Konzessionären ausgebeutet wird. Hier gibt es keine Elemente des Sozialismus. Die Staatsunternehmungen aber sind keine staatskapitalistischen Unternehmungen, da in ihnen nicht zwei, sondern eine Klasse, die Arbeiterklasse, vertreten ist, die die Produktionsmittel besitzt und nicht ausgebeutet wird, denn das, was über den Arbeitslohn produziert wird, wird der weiteren Entfaltung der Industrie, also der Verbesserung der Lage der gesamten Arbeiterklasse gewidmet.

Man könnte sagen, daß dies doch nicht Sozialismus sei, da ein Bureaukratismus in den leitenden Organen unserer Unternehmungen noch vorhanden ist. Dies trifft zu, widerspricht aber nicht dem, daß die Staatsindustrie ein sozialistischer Produktionstypus ist. Es gibt zwei Produktionstypen: Der kapitalistische oder staatskapitalistische, wo zwei Klassen vorhanden sind und die Produktion auf Profit für den Kapitalisten arbeitet, und der andere Typus, wo keine Ausbeutung vorhanden ist, wo die Produktionsmittel der Arbeiterklasse gehören und die Unternehmung nicht auf Profit für eine Klasse, sondern zur Ausdehnung der Industrie für die Arbeiterklasse arbeitet. Lenin nannte die Staatsunternehmungen den konsequent-sozialistischen Typus von Unternehmungen. Unser Staat ist auch kein bürgerlicher Staat, da der Staatsapparat nicht zur Unterdrückung der Arbeiterklasse dient, sondern zu ihrer Befreiung vom bürgerlichen Joch. Deswegen ist unser Staat ein proletarischer Staat, obwohl Ueberbleibsel des alten Regimes noch vorhanden sind. Lenin hat den Sowjetstaat wegen der Ueberbleibsel der Bureaukratie am meisten getadelt, betonte jedoch unaufhörlich, daß unser Staat ein neuer Typus des Proletarierstaates ist. Man müsse diesen Staatstypus von jenen Ueberbleibseln unterscheiden, die im Staatsapparat noch zurückgeblieben sind. Dasselbe gilt für den Wirtschaftsapparat. Man darf diesen prinzipiellen Unterschied nicht vergessen. Man darf nicht auf Grund der Ueberbleibsel des Bureaukratismus in den leitenden Organen der Staatsunternehmungen vergessen, daß diese ihrem Wesen nach sozialistische Unternehmungen sind.

Lage und Charakter der Wirtschaft der Sowjetunion

Die landwirtschaftliche Produktion hat sich gegenüber dem Jahre 1913 auf 71 Prozent erhöht. Im nächsten Jahre ist eine Erhöhung bis zu 88 Prozent der Vorkriegsproduktion geplant. Die Industrie ergab: Im Jahre 1913 7 Milliarden Rubel, im Jahre 1924/25 5 Milliarden Rubel, was 71 Prozent der Vorkriegsnorm ausmacht. Für das nächste Jahr war die Erhöhung bis zu 95 Prozent der Vorkriegsnorm geplant. Die Industrie entwickelte sich in diesem Jahre schneller als die Landwirtschaft.

Die **Elektrisierung** entwickelt sich derart rasch, daß, wenn die Entwicklung im gleichen Tempo andauert, der Gesamtplan der Elektrifizierung der Sowjetunion bis 1932 verwirklicht wird. Im gleichen Tempo entwickelt sich die **elektrische Industrie, deren Programm für das Jahr 1925/26 auf 170 Prozent der Vorkriegsnorm** berechnet ist. Im Jahre 1923/24 machte die Produktion der staatlichen und der genossenschaftlichen Industrie 76 Prozent, die der Privatindustrie 24 Prozent, im Jahre 1924/25 dagegen 79,3 Prozent bzw. 20,7 Prozent aus. Das spezifische Gewicht der Privatindustrie fiel. Auf Grund der Berechnungen für das künftige Jahr wird die staatliche und die genossenschaftliche Industrie 80 Prozent, die Privatindustrie 20 Prozent erzeugen. In absolutem Sinne wächst die Privatindustrie; da jedoch die Staats- und die Genossenschaftsindustrie rascher wächst, fällt progressiv das spezifische Gewicht der Privatindustrie. Daraus ergibt sich: **Das Uebergewicht der sozialistischen Industrie über die Privatindustrie ist unzweifelhaft.**

Auch in bezug der Vermögen, die im Besitz des Staates und im Besitz von Privatpersonen sind, ist das Uebergewicht auf Seite des Staates. In den Händen des Staates befinden sich Kapitalien in der Summe von 11,7 Milliarden, in den Händen von Privatsubjekten, hauptsächlich in der Bauernwirtschaft, Kapitalien im Betrage von 7,8 Milliarden. Dies bedeutet, daß der Anteil des nationalisierten Kapitals außerordentlich hoch ist. Nichtsdestoweniger kann man unsere Ordnung weder kapitalistisch noch sozialistisch nennen.

Unsere Ordnung stellt eine Uebergangsform vom Kapitalismus zum Sozialismus dar. In ihr überwiegen noch dem Produktionsumfang die privatwirtschaftlichen Unternehmungen. Aber **der Anteil der sozialistischen Industrie wächst von Tag zu Tag.** Der Anteil der sozialistischen Industrie wächst auf Grund ihrer Konzentriertheit und Organisiertheit, dank des Bestehens der proletarischen Diktatur, dank des Umstandes, daß unser Transport, unser Kreditsystem und unsere Banken sich in den Händen des Staates befinden. Unsere Industrie ordnet sich immer mehr die Privatindustrie und alle anderen Wirtschaftsformen unter. Das Schicksal des Dorfes ist, der Stadt und der Großindustrie zu folgen. Diese Schlüsse müssen wir über den Charakter unserer Ordnung ziehen.

Das **Staatsbudget** erhöhte sich auf vier Milliarden Rubel. Zusammen mit den Kommunalbudgets beträgt die Gesamtsumme des Staatshaushaltes im Vergleich zum Jahre 1913 74,6 Prozent. Wichtig ist es, daß der Anteil an Einnahmen aus Nichtsteuern viel größer ist als die Steuereinkünfte. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient die Frage der Gewinnüberschüsse aus unseren Staats- und Genossenschaftsunternehmungen für das abgelaufene Jahr. Die Staatsindustrie und die vereinigten Metallunternehmungen ergaben 1923/24 einen Ueberschuß von 142 Millionen Rubel. Davon fielen 41 Millionen der Staatskasse zu. Im Jahre 1924/25 ergaben sie einen Ueberschuß von 315 Millionen Rubel, davon 173 Millionen, das heißt 54 Prozent, für die Staatskasse.

Der **staatliche Innenhandel** ergab 1923/24 37 Millionen, davon 14 Millionen für die Staatskasse. Das Jahr 1924/25 ergab aus dem staatlichen Innenhandel nur einen Profit von 22 Millionen Rubel, infolge der Preissenkungspolitik, davon 10 Millionen für die Staatskasse. Der **Außenhandel** wirft für das Jahr 1925 44 Millionen ab, davon 29 Millionen für die Staatskasse. Im Vergleich zum Jahre 1913 ist festzustellen: Wir erreichten im Jahre 1923/24 im Außenhandel 21 Prozent der Vorkriegshöhe, im Jahre 1924/25 26 Prozent.

Im vergangenen Jahre ist eine passive Handelsbilanz von 140 Millionen festzustellen. Diese Frage verdient eine außerordentliche Aufmerksamkeit. Der 13. Parteitag gab die Direktive für eine unbedingt aktive Handelsbilanz. Die Sowjetorgane und das ZK. haben durch die Nichtausführung dieser Direktive einen großen Fehler gemacht. Die Aufgabe des jetzigen Parteitages ist es, diesen Fehler zu korrigieren. Jedoch hat schon das ZK. im November dieses Jahres den Beschluß gefaßt, daß der Außenhandel für das nächste Jahr mit einem Aktivsaldo von wenigstens 100 Millionen geschlossen werden muß. Unsere Zahlungsbilanz kann bloß auf Grund einer aktiven Handelsbilanz im Gleichgewicht erhalten werden, da keine Kapitaleinfuhr aus dem Auslande erfolgt. Davon hängt die Erhaltung unserer Industrie und Landwirtschaft ab.

Die Fragen der **Industrie** und der **Landwirtschaft** lauten auf folgende Momente hinaus: Die Sowjetunion ist noch ein Agrarland. Die Industrie kam an die Vorkriegsnormen heran, ihre weiteren Schritte bedeuten eine Entfaltung auf neuer technischer Grundlage, neue Einrichtungen, neue Betriebe. Der Uebergang von der Politik der maximalen Ausnutzung all dessen, was in der Industrie vorhanden ist, zur Politik **des Ausbaues einer neuen Industrie** fordert große Kapitalien. Wegen Mangels an Kapitalien wird die Entwicklung der Industrie nicht so rasch weitergehen können wie bisher. In der Landwirtschaft hingegen sind die Möglichkeiten noch bei weitem nicht erschöpft. Die Landwirtschaft kann sich auf der gegenwärtigen technischen Grundlage in gleichem, raschem Tempo entwickeln wie bisher, deswegen wird die Bilanz der Industrie in der Zukunft der Bilanz der Landwirtschaft noch eine Zeitlang nicht entsprechen, da die Landwirtschaft immer potentielle Möglichkeiten in sich birgt, die noch nicht ausgenützt sind.

Die Aufgabe der Partei in dieser Beziehung ist: **Die staatliche Großindustrie unbedingt zu heben,** die Schwierigkeiten zu überwinden. Weiter: auch die Sowjetindustrie vom provinziellen Typus zu heben. Ohne Entfaltung der Industriekräfte in verschiedenen Gebieten, ohne Verbindung der Interessen und Vorteile des Zentrums mit den Interessen und Vorteilen der Provinz können wir das Problem der Entfaltung der Aufbauinitiative in den Ramons, das Problem der raschen Industrialisierung des Landes nicht lösen. Nach einer Zeit der Heizmaterialüberproduktion stehen wir jetzt vor den Fragen einer Heizmaterialkrise, da sich die Industrie stärker entwickelt als die Heizmaterialproduktion. Die Sowjetunion nähert sich der Stufe, auf der Rußland während des bürgerlichen Regimes stand, als das Heizmaterial nicht ausreichte und eine Einfuhr notwendig war. Die Heizmaterialbilanz entspricht nicht der Industriebilanz. Unsere Aufgabe ist: **gesteigerte Entfaltung der Heizmaterialwirtschaft,** Verbesserung ihrer Technik, damit sie die Entwicklung der Industrie einholen könne. Es ist eine gewisse Disharmonie zwischen der Metallbilanz und der Bilanz der Gesamtwirtschaft vorhanden. Bei der Gegenüberstellung der maximalen Nachfrage nach Metall und der maximalen Möglichkeiten der Metallproduktion fehlen einige zehn Millionen. Dieses Moment erfordert unsere besondere Aufmerksamkeit. Das Metall ist die Grundlage der Industrie, seine Bilanz muß mit der Bilanz der Industrie und des Transportwesens in Uebereinstimmung gebracht werden. Was die Nichtübereinstimmung der Bilanz der qualifizierten Arbeitskraft mit der Industriebilanz betrifft, beträgt die Nachfrage nach qualifizierter Arbeitskraft in der Gesamtindustrie für das Jahr 1925/26 noch 183 000 Arbeiter. Wir können nicht mehr als ein Viertel dieser Nachfrage befriedigen.

Auf die Frage des Handels übergehend, gibt uns das Ziffernmaterial den Beweis der Ueberlegenheit des Staatshandels gegenüber dem privatkapitalistischen Handel. Der Gesamtverkehr des Innenhandels betrug im Jahre 1923/24 51 Prozent, im Jahre 1924/25 71 Prozent der Vorkriegsnorm. Das Wachsen des Innenverkehrs ist unzweifelhaft. Der Anteil des Staates betrug im Jahre 1923/24 45 Prozent des gesamten Innenhandels, der Anteil der Genossenschaften 19 Prozent, der Anteil des Privatkapitals 35 Prozent. Im Jahre 1924/25 betrug der Anteil des Staates 50 Prozent, der Anteil der Genossenschaften 24,7 Prozent, der Anteil des Privatkapitals 24,9 Prozent. **Der Anteil des Privatkapitals sinkt im Gesamtverkehr, der Anteil des Staates und der Genossenschaften wächst.** Die gleiche Tendenz sehen wir, wenn wir Groß- und Kleinhandel besonders betrachten. Der Anteil des Staatshandels am Großhandel betrug im Jahre 1923/24 mehr als 62 Prozent des Gesamtverkehrs, im Jahre 1924/25 68,9 Prozent. Der Anteil der Genossenschaften ist von 15 Prozent auf 19 Prozent gestiegen. Der Anteil des Privathandels ist von 21 Prozent auf 11 Prozent gesunken. Der Anteil des Staates am Kleinhandel betrug: im Jahre 1923/24 16 Prozent, im Jahre 1924/25 fast 23 Prozent. Der Anteil der Genossenschaften stieg von 25,9 Prozent auf 32,9 Prozent. Der Anteil des Privatkapitals fiel von 57 Prozent auf 44,3 Prozent.

Der Anteil des Staates an der Getreidebeschaffung ist weniger rasch gewachsen als im Vorjahr. Dies rührt von dem begangenen Fehler her. Nicht nur die Staatsorgane haben sich verrechnet, sondern auch die Parteizentrale, da letztere für alles verantwortlich ist. Das Sichverrechnen bestand darin, daß bei dem Plan die neuen besonderen Marktverhältnisse, die neuen Bedingungen der Beschaffung nicht in Betracht gezogen wurden. In diesem Jahre trat der Sowjetstaat das erstemal nicht auf den Weg eines administrativen Druckes auf. Die Bauern und die Vertreter der Regierung sind das erstemal als gleiche Faktoren auf dem Markt aufgetreten. Die Landorgane beabsichtigen, bis zum 1. Januar 1926 70 Prozent sämtlicher zur Beschaffung bestimmten Getreidemengen zu beschaffen. Es wurde nicht in Betracht genommen, daß auch der Bauer manövriert, daß der Bauer Weizen zurückhält, in Erwartung weiterer Erhöhung der Preise und daß der Bauer vorzieht, einstweilen minder wertvolles Getreide auf den Markt zu bringen. Im Zusammenhang damit wurde der Plan der Getreidebeschaffung überprüft, der Plan der Getreideausfuhr beschränkt, ebenso wie auch der Einfuhrplan entsprechend eingeschränkt wurde. Der neue Einfuhr- und Ausfuhrplan muß mit einem Aktivsaldo von Minimum 100 Millionen geschlossen werden. (Fortsetzung folgt.)

Erwerbslose, Werktätige Pirnas!

Heute Dienstag, den 5. Jan., findet eine öffentliche Versammlung nachmittags 6 Uhr im „Volkshaus" statt, in der der Reichstagsabgeordnete Siegfried Rädel über „Die Erwerbslosen und Werktätigen und die Fürstenabfindung" spricht.

Wie der Erwerbslosenausschuß uns mitteilt, können auf seinen Ausweis hin durch Krankheit Geschwächte und schwangere Frauen sofort ohne längeres Warten ausgezahlt werden.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale, Dresden
Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

Theater am Wasaplatz
Allabendlich 8 Uhr:
Er und seine Schwester
Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten
von Bernhard Buchbinder
Musik von Stolzhofer
An Sonn- u. Feiertagen 3½ Uhr nachm.:
Wie Klein-Else das Christkind suchen ging!
Weihnachtsmärchen von Th. Lehmann-Haupt
Musik von Felix Leuner

Tymians Täglich 8 Uhr
Das Thalia-Theater
einzige wirkliche
Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

SARRASANI
Telephon 17249. 23803
bietet:
Das beste Zirkusprogramm Europas
Das romantische Schaubild „Wintermärchen"
Den größten Passagesaal Dresdens und mithin die
billigsten Eintrittspreise
Der teuerste Logenplatz kostet 5 Mark.
Gute Plätze kosten: 2 Mk., 2.50 Mk., 3 Mk., 3.50 Mk., Balkon: 1.60 Mk.
Nachmittags zahlen Kinder bis zu 14 Jahren halbe Preise
Vorstellungen täglich 7.30 Uhr, Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch 3 Uhr

CAPITOL
Das modernste Lichtspieltheater Dresdens
PRAGER STRASSE 31
Mittwoch, den 6. Januar 1926
URAUFFÜHRUNG
des Phoebus-Films
Der Bastard
Nach dem Roman „Transatlantic" von Urville
REGIE: GENNARO RIGHELLI
HAUPTDARSTELLERIN:
Maria Jacobini
Außerdem ein Lustspiel mit
BUSTER KEATON
Beginn: 4, ¼7, ½9 Uhr

Freibank Freital
Mittwoch, den 6. Januar 1926 ab vorm. 8 Uhr
Verkauf von Rindfleisch in rohem Zustand
pro Pfund 60 Pfg.
Freibank im Stadtteil Potschappel (Hof d. fr. Rath.)
Rat der Stadt Freital.

Wo ist Schmidt Paul? genannt der Steife
Im Liliengarten, Liliengasse 25

Genosse sucht einfach. Zimmer
(Bett vorhanden)
Offerten u. N. K. 16 an die Expedition der „Arbeiterstimme", Dresden, Güterbahnhofstraße 9

Schloßkeller Bautzen
Täglich feines
Damen-Salon-Konzert

Arbeiter!
Verkehrt nur bei den Inserenten der Arbeiterstimme!

Heinrich Apels Marionetten-Theater
Gittersee - Rehbockschänke
Dienstag und Mittwoch Lustspiel-Abend
Dienstag abends 8 Uhr:
„Die Siebenlehner Feuerwehr", 6 Akte.
Mittwoch abends 8 Uhr:
„Der Narrensepp" oder: „Die Braut in Lederhosen". 3 Akte
2 Stunden Lachen ohne Ende!
Nachspiel: Die Ueberschwemmung im Plauenschen Grunde.

Oeffentlicher Lichtbilder-Vortrag
Mittwoch, den 6. Jan. abds. 8 Uhr
im „Nußbaum" in Reugersdorf
Thema: „Buddha und der Buddhismus"
Redner: Martin Burkhardt, Geeligstadt
Um zahlreichen Besuch bittet
Gemeinschaft prol. Freidenker, Ortsgr. Reugersdorf